:antifaschistische nachrichten

Nr. 20

g 3336 3.10.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Alternative für Deutschland – nach der Wahl

Flügelkämpfe sind zu erwarten

Nach ihrem guten Abschneiden bei der Bundestagswahl wird die Alternative für Deutschland (AfD) versuchen, sich dauerhaft als Partei rechts der Union zu etablieren. Zuvor stehen aber noch diverse programmatische Klärungen an – vor allem ein Richtungsstreit zwischen einem rückwärtsgewandten Konservatismus und einem Islamhass-Flügel.

Programmatisch ist viel zu tun, denn zu etlichen wesentlichen Themen hat die Partei bislang keine oder nur oberflächliche Aussagen getroffen. Wie steht sie zu Gewerkschaften, zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik? Hier gibt der „Hamburger Appell“, den Bernd Lucke mitinitiiert hatte, Hinweise: Wenn die Wirtschaft kriselt, wird bei Löhnen und Sozialleistungen der Rotstift angesetzt. Mindestlöhne lehnt die Partei ab, was die AnhängerInnen erst via Wahl-O-Mat erfuhren (0). Auch zur Außenpolitik gibt es nur dürre Worte. Die Liste ließe sich noch fortführen. Entscheidend wird sein, ob die Partei sich auf gemeinsame Positionen wird einigen können, oder ob es bereits hier zu Abspaltungen kommt. Für Außenstehende ist die Gemengelage schwer durchschaubar, es hat aber den Anschein, dass es eine Anzahl Mitglieder gibt, die eine marktradikale Wirtschaftspolitik ablehnen.

Die wichtigste Auseinandersetzung aber wird darum gehen, ob sich die AfD offen rassistisch positionieren wird. Aus rechtsextremen Kreisen gibt es Hinweise darauf, dass jetzt, nach der Wahl, dieser Streit ausgefochten werden soll. Die der „Identitären Bewegung“ nahe stehende „Blaue Narzisse“ nimmt in „der äußerst bürgerlichen AfD durchaus patriotische Anklänge wahr“. Parteimitglieder hätten „berichtet, daß in den derzeitigen Führungspositionen auf Landesebene und bei den sich bewerbenden Mandataren eher die liberaleren Kreise dominierten, an der Basis aber gesunde ‚konservative und rechte Meinungen‘ vertreten würden“. Und weiter: „Ich erfahre von Insidern, daß es gerade in Hessen einen starken internen Richtungsstreit gäbe, der aus zahlreichen ‚rechtskonservativen Köpfen in Reihen der AfD‘ resultiere.“ (1)

Auf einer „Pro Deutschland“ nahe stehenden Webseite schreibt ein User, der die Verhältnisse in der AfD offenbar gut kennt: „Die islamkritischen Kräfte in der AfD, die es allerorts gibt, werden sich spätestens nach dem 22.9. Gehör verschaffen. Dessen bin ich mir sicher, ebenso wie es Konsens in den LV Hessen u.a. und auch im Bundesvorstand ist, dass der schleichenden Islamisierung langsam Einhalt geboten werden muss.” (2)

Die Äußerungen der letzten Wochen des Wahlkampfs lassen ebenfalls nichts Gutes erahnen. Zunächst wollte sich das Führungspersonal nicht so recht darauf einlassen, dem Wahlvolk mit Simpel-Parolen nach dem Mund zu reden und alles zu versprechen, was gern gehört wird. Je näher aber der Wahlsonntag rückte, desto mehr wich die Parteileitung von dieser Linie ab und ging dazu über, gern vernommene Klischees und Ressentiments zu verbreiten.

„Im Bundestag sitzen Jasager und Abnicker und vor allem Diätenkassierer, aber keine Opposition und keine Abgeordneten, die das Volk vertreten“, so Lucke (3). Mit derselben Intention hat die AfD im Gefolge einer Attacke auf Lucke bei einer Wahlkampfveranstaltung in Bremen (er wurde von der Bühne geschubst) eine härtere Gangart gegen Kriminelle gefordert (4). Den „harten Hund“ bei der Kriminalitätsbekämpfung zu mimen, kommt immer gut an.

Außenpolitik mit Pickelhaube

Erst im September erschien ein von Alexander Gauland verfasstes Thesenpapier zur Außenpolitik der AfD. Aus der Weltpolitik solle sich die EU ´raushalten, es sei denn, „deutsche() oder europäische() Interessen“ wären bedroht; die aber solle die EU „auch mit militärischen Mitteln in angrenzenden Gebieten von vitalem Interesse, also zum Beispiel im Mittelmeerraum, gemeinsam wahr()nehmen. Deutschland wird bestimmt nicht am Hindukusch verteidigt, es kann aber durchaus die Notwendigkeit bestehen, es vor Bengasi oder Tunis zu verteidigen.“ (5)

Ganz in diesem Sinne war die zwei Wochen vorher formulierte AfD-Ablehnung eines Militärschlags gegen Syrien verfasst worden. Die Erklärung über den Bürgerkrieg wurde kulturrassistisch als „Kampf zwischen Schiiten, Aleviten und Sunniten“ interpretiert. (Nebenbei: es handelt sich nicht um Aleviten, sondern um Alawiten.) „„Dieser Bürgerkrieg ist nicht die Knochen eines bayerischen, hessischen oder sächsischen Soldaten wert‘, um Bismarck zu zitieren.“ (6)

Gauland ist ein Militarist alter Schule. Vor einem Jahr regte er an, dass das deut-

weiter auf Seite 2

Inhalt:

Keine Geschäfte mit Nazis! . . . S. 4
70 Jahre „Operation Gomorrha“, Teil II . . . . . S. 8
Memorandum fordert Auflösung der Verfassungsschutzämter .. S. 14

sche „gestörte() Verhältnis zur militärischen Gewalt“ einer politischeren Betrachtung weiche: „Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck … in die berühmten Worte fasste: ‚Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden … sondern durch Eisen und Blut.‘“ (7)

Selektive Schulpolitik

Lucke behauptet die „Pisastudien zeigen eindeutig, dass in Deutschland das dreigliedrige Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium die besten Ergebnisse hervorbringt.“ (8) Nun haben die Pisa-Studien das glatte Gegenteil bewiesen: Die besten Ergebnisse wurden von Staaten erzielt, die auf ein sozial selektives Schulsystem verzichtet haben.

„Ich sehe mit großer Sorge, dass in vielen Bundesländern die Hauptschule mit der Realschule zusammengelegt wird zu einer Art Oberschule. Wir haben auf der Hauptschule viele Probleme mit Kindern aus schwierigen Verhältnissen, aus zerfallenden Familien, die für die Bildung ihrer Kinder Defizite aufweisen, oder mit Kindern aus Migrantenfamilien ohne starke Bildungstradition.“ (8) Die Chancen gemeinsamen Schulunterrichts für alle, wie „Pisa“ sie nahe legt, interessieren den Elitenbefürworter nicht. Auch die Frage, was die AfD denn vorschlägt, damit HauptschülerInnen eine solide Schulausbildung bekommen, wird nicht beantwortet.

Dass Schulen auch die Aufgabe haben könnten, Nachteile auszugleichen, die SchülerInnen haben, deren Elternhaus sie nicht wirkungsvoll unterstützen kann, steht für die AfD nicht zur Debatte. Im Gegenteil, diese Unterschiede sollen zementiert werden, denn, so die Bundessprecherin Frauke Petry, „in erster Linie sind die Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich“. (9)

Ressentimentgeladene Migrationspolitik

Zunächst hatte die AfD wert auf ihre bedingte Befürwortung von Einwanderung und Asylrecht gelegt, um damit Vorwürfen der Rechtslastigkeit zu begegnen: „Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung. … Ernsthaft politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden können.“ (10) Damit schlossen sie sich der ganz großen Koalition an, die Einwanderer daran misst, ob sie nützlich sind oder Kosten verursachen.

Das hatte sich zuletzt deutlich geändert. Ein andere Forderung aus dem Wahlprogramm stand nun im Mittelpunkt der Wahlkampfreden: „eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden“ (10). Lucke begann diese Wende mit einem Lob auf den Rassisten Thilo Sarrazin, dem „das große Verdienst (gebührt), mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben: Unsere Bildungsmisere, Integrationsprobleme von Zuwanderern, unser enormes demographisches Problem“ (11).

Lucke hat in den letzten Wochen häufiger das Thema MigrantInnen bemüht, weil er merkte, dass er damit beim Publikum punktet. Immer wieder tauchen jetzt Roma-Familien bei seinen Reden auf, die, wenn sie schon nach Deutschland kämen, ihre Sozialhilfe weiterhin vom rumänischen Staat beziehen sollten (12). Und Frauke Petry behauptet, es gebe „Viertel, in die sich die Polizei nicht traut…“ (13)

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet von einem Wahlkampfauftritt: „Lucke erklärt, dass es Menschen gebe, die ins Land kämen, ohne Deutsch zu können, überhaupt ohne Bildung … Für sie bliebe nur ein Leben in Hartz IV. ‚Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz – einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt‘ Ein dauerhaftes Leben in Hartz IV aber wäre nicht menschenwürdig … Er bekommt jetzt heftig Applaus. Das ist jeden Abend so. Das Thema Zuwanderung komme sehr, sehr gut an, hat Lucke vorher in einem Gespräch berichtet.“ (14)

Die Sprache ist menschenverachtend. Die Rede vom „sozialen Bodensatz“ ist ein deutlicher Hinweis, wie weit zu gehen Lucke bereit ist, um politische Zustimmung zu gewinnen.

Ich rede, was Du gerne hörst...

Weil das Projekt einer rechtskonservativen Partei mit neoliberaler Wirtschaftsauffassung gestützt allein auf eine Anti-Euro-Politik an der 5 %-Hürde zu scheitern drohte, ist die Führung der AfD auf einen populistischeren Kurs eingeschwenkt. Beim Thema Migrationspolitik spielt die AfD mit dem Feuer. Begriffe wie „Bodensatz“ werden von RassistInnen als Zustimmung verstanden.

Das langsame Ansteigen der AfD in den repräsentativen Umfragen von zwei bis drei auf vier und das Wahlergebnis von 4,7 Prozent belegen, dass ein rechtspopulistisches Auftreten Anklang findet. Erbrachten Befragungen Monate vor der Wahl einen Schwerpunkt bei älteren, westdeutschen Männern, so ergeben erste Analysen der Wahl eine Hochburg bei jüngeren, ostdeutschen Männern (15) – dieses Wählerreservoir fühlte sich offenkundig von dem lautstarken AfD-Wahlkampf der letzten Wochen angesprochen.

War bisher die Anti-Euro-Politik „der Angelhaken, den wir auswerfen“ (16), so hat die Parteiführung inzwischen ihr Repertoire um weitere Themen erweitert, mit denen Ressentiments bedient werden. Und schon zappeln weitere WählerInnen am Angelhaken. *F* ■

(0) Bundeszentrale für Politische Bildung: Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2013
(1) Blaue Narzisse, 17.9.13
(2) freiheitlich.me, Mitte August 2013
(3) Bernd Lucke, AfD-Facebook(FB)-Seite, 18.8.13
(4) u.a. Welt, 26.8.13
(5) Alexander Gauland, AfD-FB-Seite, 11.9.13
(6) Alexander Gauland, AfD-FB-Seite, 27.8.13
(7) Alexander Gauland, Tagesspiegel, 23.7.12
(8) Bernd Lucke, AfD-FB-Seite, 12.9.13
(9) Frauke Petry, AfD-FB-Seite, 31.8.13
(10) Wahlprogramm der AfD
(11) Bernd Lucke, AfD-FB-Seite, 5.9.13
(12) u.a. ARD „Tagesschaum“, 5.9.13
(13) Zeit online, 13.9.13
(14) Süddeutsche Zeitung, 13.9.13
(15) FAZ, 24.9.13
(16) Martin Renner, stellvertretender Vorstands sprecher der AfD in NRW, in WDR „eins zu eins“, 13.5.13

Kommentar

So erfreulich es ist, dass die AfD knapp an der 5 %-Hürde gescheitert ist und damit keine Gelegenheit erhält, den Bundestag als Tribüne zu nutzen und mittels einer finanziell und personell üppig ausgestatteten Fraktion die Partei weiter aufzubauen, so heißt das noch lange nicht, dass das Projekt, eine Partei rechts von CDU/CSU zu etablieren, gescheitert ist. Im Gegenteil.

Auf Anhieb 4,7 % – das wird zum Weitermachen motivieren. Die im Mai nächsten Jahres anstehende Europawahl bietet große Chancen in dreierlei Hinsicht: Es geht um das AfD-Schwerpunktthema; bei diesen als unwichtig wahrgenommenen Wahlen sind mehr Menschen als sonst zu Experimenten bereit und es gilt lediglich eine 3 %-Hürde.

Noch ist aber nicht einmal der Charakter dieser Partei klar. Die AfD könnte sich programmatisch als rechtskonservative und marktradikale Partei aufstellen, die um WählerInnen in erster Linie mit harscher Kritik an EU und Euro wirbt und der die Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik Wasser auf die Mühlen spült. Sie könnte sich aber auch zu einer rechtspopulistischen Partei mit rassistischen, islamfeindlichen Parolen entwickeln. Ein Teil der Basis fordert das. Dieser Parteiflügel war auf der AfD-Seite bei Facebook dominant, bis er etwa zwei Wochen vor der Wahl kalt gestellt wurde, wohl aus Sorge, zu aggressiv-rassistische Ausfälle könnten das Wahlergebnis verhageln.

Für die erste Variante spricht die Verankerung wichtiger Führungspersonen im bürgerlichen Milieu. Hier wird die Chance gesehen, weitere Einbrüche in die CDU- und FDP-Wählerschaft zu erzielen. Ein Zusammengehen mit dem euro- →

AfD-Jugend in Weikersheim

WEIKERSHEIM. Eine Delegation des Landesverbandes Baden-Württemberg der „Junge Alternative für Deutschland“ (JA), der Nachwuchsorganisation der AfD, hat unlängst an der Jahrestagung des „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) teilgenommen. Geleitet wurde die Tagung von SZW-Präsident Harald Seubert, einem „Junge Freiheit“-Autor.

Nach Angaben von JA-Landesvorsitzendem Markus Frohnmaier gebe es große Gemeinsamkeiten zwischen der AfD-Nachwuchsorganisation und dem SZW, meldete die „Junge Freiheit“ („JF“ 39/2013). *hma* ■

Williamsons Berufungsverfahren

REGENSBURG. In dem Berufungsverfahren vor dem Landgericht Regensburg hat das Gericht das „Volksverhetzungs“-Urteil gegen den ehemaligen Bischof der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, Richard Williamson, bestätigt. Der öffentliche Friede sei durch den damaligen Bischof erheblich gestört worden, urteilte das Gericht und bestätigte die Geldstrafe wegen der Leugnung des Holocausts in Höhe von 1800 Euro. Williamson und seine Anwälte erwägen nun den Gang vor das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. *hma* ■

Konten gekündigt

MÜNCHEN. Nun hat auch die Münchener Bank dem bayrischen „Die Freiheit“-Aktivisten Michael Stürzenberger das Konto aufgekündigt. Die Kündigung sei zwei Wochen nach Eröffnung des Kontos gekommen, so Stürzenberger auf der Internetseite von „PI-News“. Einen Grund habe die Bank nicht genannt.

Darüber hinaus hat das Münchener Amtsgericht nun einen weiteren Mitstreiter von Stürzenberger zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft warf Christian Holz vor, Gegendemonstranten beleidigt und eine vorsätzliche Körperverletzung begangen zu haben. Der Angeklagte akzeptierte letztlich die Gesamtstrafe von insgesamt 1800 Euro für fünf Anklagepunkte. *hma* ■

DNV-Landesverband gegründet

EUSKIRCHEN. In Euskirchen hat sich am 7. September 2013 ein NRW-Landesverband der „Deutschen Nationalversammlung“ (DNV) gegründet. Die DNV um ihren Vorstandsvorsitzenden Ferdinand Karnath fordert u.a. eine „militärische Neutralitätserklärung Deutschlands“, ein „vereintes Europa der Nationalstaaten“ und „eine Rückkehr zu alten deutschen Werten und Brauchtum“. Der Bundeswahlausschuss hatte die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ aus formalen Gründen nicht zur Bundestagswahl zugelassen. Weitere Landesverbände der DNV wurden bislang in Berlin, Sachsen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg, Bayern und Thüringen gegründet. *hma* ■

NPD-Bundestagswahlkampf in Dresden

SACHSEN. Auch wenn die NPD am letzten Wochenende nicht ganz die Ergebnisse der vorangegangenen Bundestagswahl 2009 erreichen konnte, zeigt sich bei einem Blick auf das amtliche Endergebnis, dass sie zumindest in Sachsen auf eine solide Basis aus Stammwählerinnen und Stammwählern bauen kann. Immerhin stimmten am vergangenen Wochenende fast 100.000 Menschen mit ihrer Erststimme für die NPD. Das Ergebnis lag damit in ihrer deutschlandweiten Hochburg fast auf Augenhöhe mit den Grünen und immerhin fast doppelt so hoch, wie bei der FDP.

Lediglich bei der Zahl der Zweitstimmmen musste die NPD Einbußen hinnehmen, bekam mit rund 76.000 Stimmen aber dennoch mehr als die bis letzten Sonntag im Bundestag vertretene FDP. Neben der NPD hatte auch die neu gegründete Alternative für Deutschland (AfD) mit ihrem rechtspopulistischen Wahlkampf in Sachsen aus dem Stand heraus fast sieben Prozent der wählenden Bevölkerung von ihrem eurokritischen Programm überzeugen können.

Es bleibt festzuhalten, dass sich der von beiden Parteien intensiv geführte Wahlkampf im Unterschied zur rechten Bürgerbewegung „pro Deutschland“ in Sachsen deutlich ausgezahlt haben dürfte. „Pro Deutschland“ erhielt am Sonntag lediglich 3.000 Erst- und knapp 10.000 Zweitstimmen. *addn.me 26.9.2013* ■

Neonazis bedrohen Redaktion

KONSTANZ. Die Redaktion der Internetzeitung SeeMoz aus Konstanz bekommt immer wieder Post mit Drohungen von Nazis. Die Redaktion beschäftigt sich in ihren Beiträgen immer wieder mit der Naziszene im Raum Bodensee. Seit einigen Wochen sind es nicht nur mehr Briefe und Mails, die bei der Redaktion eintreffen, sondern der Ton hat sich deutlich verschärft. Waren es früher Beschimpfungen und Diffamierungen sind es jetzt Morddrohungen: *„Matthias Erzberger ging spazieren im Schwarzwald, Kurt Eisner, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Walter Rathenau bekamen ebenso die Luft nicht und die anderen Mitläufer lernten auch nicht, nein, sie alle eilten zu Jahwe, Marx und Sigmund Freud. Deswegen achtet auf Eure Gesundheit. WIR sind immer dabei, ob beim Spaziergang, in der Kneipe, im Urlaub, hinten wie vorne, wir werden Euch das Fürchten wieder beibringen und das gesunde Leben!“*

Diese Mail wurde von einem Absender mit der Adresse >safari4711@live.ca< verschickt. Die Adresse verdeutlicht noch einmal die Drohung. Safari ist eine Großwildjagd, bei der Tiere oft nur aus Spaß getötet werden, 4711 ist der Name eines Parfüms, diese Nummer steht dafür, dass alle die Mörder sein können.

Es gingen aber auch namentlich gezeichnete Drohungen ein. Günter Deckert, ehemaliger Bundesvorsitzender der NPD, schreibt an den Redakteur Holger Reile: „Aber, aber Herr Reile, warum wandern sie nicht aus, die Türkei, Rumänien, Kongo usw. lassen grüßen.“

Anlass dieser Hetz- und Mordmails ist ein Artikel über den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD Konstanz-Bodensee Armin Schrott. Seit seinem Beitritt zur NPD 1995 entwickelte er sich immer mehr zur treibenden Kraft der Naziszene in Süddeutschland.

weiter auf Seite 4

→ skeptischen und marktradikalen Flügel der FDP ist durchaus denkbar, da die FDP künftig an Bindekraft verlieren wird. Der Vorzeigepolitiker dieses FDP-Flügels, Frank Schäffler, distanzierte sich bereits von Teilen seiner Partei, ihr „Ruf nach mitfühlendem Liberalismus“ werde nicht benötigt (FAZ, 24.9.13).

Für die zweite Variante spricht, dass der rassistische Parteiflügel wahrscheinlich deutlich größer ist, als man in den Medien einzugestehen bereit ist. Er speist sich auch nicht nur aus den 350 ehemaligen „Die Freiheit“-Mitgliedern, die laut Partei-Gründer Rene Stadtkewitz übergetreten sind, sondern v.a. aus zahlreichen IslamophobikerInnen, die bislang keiner Partei angehörten. Zudem würde es schwer fallen, der populistischen Versuchung zu widerstehen, die in den letzten Wochen vor der Wahl der Partei neue Stimmen brachte.

Natürlich gibt es auch die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen diesen beiden Optionen. Die AfD könnte versuchen, ein Sammelbecken für alle Kräfte zwischen Union und offenem Faschismus zu werden.

Obwohl noch vieles unklar ist, hat die AfD eine große Chance sich zu festigen. Die innerparteilichen Widersprüche lassen aber auch auf ein Scheitern dieses Projektes hoffen. *F* ■

Wie gut er vernetzt ist, zeigen jetzt die vielen Mails, die die Redaktion von See-Moz erreichen.

Unsere Solidarität gilt dem bedrohten Redakteur Holger Reile.

http://www.vvn-bda.de/morddrohung-gegen-antifaschistischen-redakteur/ ■

Rechte Gewalt in der Sächsischen Schweiz nach wie vor keine Einzelfälle

Innerhalb von 14 Tagen wurden im Landkreis Sächsische Schweiz zwei 15-Jährige schwer verletzt. Beide Taten hatten ein rechtes und damit menschenverachtendes Tatmotiv. In der Nacht zum 7. September griff in Bad Schandau eine Gruppe von etwa zwölf Personen eine Schulklasse aus Hamburg an. Dabei skandierten sie rassistische Parolen. Ein 15-Jähriger wurde dabei schwer verletzt.

Nur eine Woche später wurde auf einem Ortsfest in Cotta/Dohma ebenfalls ein 15-Jähriger brutal geschlagen und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Auch hier soll der Täter der rechten Szene nahe stehen.

„Zwei schwerverletzte Jugendliche an zwei Wochenenden sind leider keine ‚bedauerlichen Einzelfälle'. Unsere Statistik verdeutlicht, dass im Landkreis die Gefahr rechter und rassistischer Gewalt noch immer sehr hoch ist.", sagt Andrea Hübler, Beraterin des RAA Sachsen e.V.

Die Zahlen sprechen für sich. Allein 11 rechtsmotivierte Angriffe zählte die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 im Altkreis Sächsische Schweiz. Darunter Körperverletzungen wie in Bad Schandau, Dohma sowie in der Stadt Pirna. Dort wurde im Februar ebenfalls ein 15-Jähriger mit einer Flasche auf den Kopf angegriffen und bereits am Boden liegend weiter geschlagen. Zudem wurde durch die Opferberatung ein Brandanschlag auf einen Asia-Imbiss in Pirna Copitz registriert.

Die Folgen der beiden jüngsten Gewalttaten sind schwerwiegend, nicht allein die Verletzungen der beiden 15-Jährigen, sondern auch die psychischen und emotionalen Folgen für die Familien und Freunde.

„Wir brauchen eine ehrliche Auseinandersetzung über die Ursachen rechter Gewalt anstatt kurzfristiger Debatten über die Beeinträchtigung des Rufs der Region.", gibt Andrea Hübler zu bedenken.

„Wir als Opferberatung des RAA Sachsen e.V. erwarten nun eine konsequente Vorgehensweise der Polizei und ein schnelles Ergreifen der Täter. Sie müssen für ihre brutalen und menschenverachtenden Taten unverzüglich zur Verantwortung gezogenen werden," fordert die Mitarbeiterin.

PM RAA ■

Keine Geschäfte mit Nazis –

Proteste gegen Thor-Steinar Laden

Gegen die Eröffnung eines Thor-Steinar-Ladens in Hannover regt sich breiter Protest. In einem Aufruf zu einer Demonstration gegen den Laden am 21. September wurde ausgeführt: „Am 12.09. eröffnete der Thor- Steiner-Laden „Rosberg" an der Podbielskistr. 159. Die Eröffnung des Landes ist ein erneuter Versuch einen Anlaufpunkt für Neonazis in Hannover zu schaffen. Das gilt es zu verhindern.

Die Marke „Thor Steinar" wurde im Oktober 2002 von Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen registriert. Seit 2009 hat Faisal al Zarooni mit Sitz in Dubai die Geschäftsleitung übernommen. Die Kleidung wird in der Türkei und China hergestellt. … Angehörige der rechten Szene treten mittlerweile in Bezug auf ihren Kleidungsstil wesentlich pluralistischer auf, als es vor dem Ende der 90er Jahre der Fall war. Waren zu Zeiten der Rostocker und Solinger Pogrome Rechtsextreme klar in die Gruppe der klassischen Braunhemden- und Scheitel-Träger und Skinheads mit Boots, Bomberjacken und Deutschland-Shirts zu unterscheiden, änderte sich dies in der letzten Zeit so massiv, dass sich vielerorts Unsicherheit breitmachte. Zu der Verwirrung trug bei, dass sich nicht nur in der Szene neue Marken und Stile etablierten und die „Neuen Nazis" Kleidungsstücke linker Gruppierungen adaptierten, sondern auch bewusst mit Symboliken und Anspielungen gearbeitet wird, die nur Eingeweihten verständlich scheinen. Antifaschistische Aufklärungsarbeit versucht, diesen Tendenzen eines „Versteckspiels" (so der Name einer sehr aktuellen und guten Aufklärungsbroschüre) entgegenzuwirken."

Die Grünen Hannover bewerteten die Eröffnung des Ladens in einer Pressemitteilung: „Auch nach dem Verbot der Nazi-Gruppe „Besseres Hannover" gibt es in Hannover eine aktive Naziszene. Ein wichtiges Indiz dafür ist die heute stattfindende Eröffnung eines Thor-Steinar-Geschäfts in der Podbielskistraße."

Nachdem bereits einen Tag nach Eröffnung des Ladens dort Protestaktionen stattgefunden hatten, protestierten am 21. September 500 Menschen – darunter viele Bewohnerinnen/Bewohner des Stadtteils List sowie Parteien und autonome Antifas - mit einer lauten Demonstration vor dem Laden. Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses, in dem der Laden eröffnet wurde sowie Anwohnerinnen und Anwohner in der Nähe des Ladens begrüßten den Protest ausdrücklich.

Auch die Verwaltung des Hauses macht Druck: In einem Schreiben an den Eigentümer des betroffenen Ladenlokasl, stellt das Unternehmen mehrere Forderungen an den Tønsberg-Vermieter. Dieser soll mehrere bauliche Änderungen bis zum 30. September wieder entfernen, u. a. die Hartplastikscheiben vor den Fenstern sowie die Leuchte mit Bewegungsmelder über dem Laden. Die Ladenfläche gehört der Firma Dimo Logistik aus Eichwalde, die die Räume an „Tønsberg" weitervermietet hat. Bei der Vermietung sei nicht ersichtlich gewesen, dass es sich um einen „Thor-Steinar-Laden" handelt. Vorher hatte es geheißen, dass ein Sportgeschäft in der Podbielskistr. 159 einziehen soll, so die Hausverwaltung.

Am 25. September fand ein gut besuchtes Treffen statt, bei dem weitere Aktionen gegen den Laden geplant wurden.

bee ■

Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?

Die AfD und die Bundestagswahl 2013

Mit dem Ergebnis von 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen ist der Alternative für Deutschland (AfD) ein Erfolg im rechten Wählerspektrum gelungen, den die Union mit der Maxime, rechts neben ihr dürfe sich kein erfolgreiches Parteiprojekt etablieren, über viele Jahrzehnte zu verhindern wusste. Dabei ist der Zuspruch zur AfD zunächst weniger auf Kosten der CDU/CSU als vielmehr auf die von FDP und LINKER gegangen. Dennoch handelt es sich bei der AfD eindeutig um eine Formation der politischen Rechten, die mit dem schillernden aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet werden kann. Die AfD ist in ihrer gegenwärtigen Ausprägung keine Partei der extremen Rechten, sie ist weder neofaschistisch ausgerichtet, noch finden sich bisher Formen der NS-Verherrlichung oder eines völkischen Nationalismus oder völkischen Rassismus.

Mit gut 2 Mio. Wählerstimmen hat die AfD nur sieben Monate nach ihrer Gründung ein Ergebnis erreicht, dass auf dem Niveau der knapp aus dem Parlament ausgeschiedenen FDP liegt. Thematisch bisher völlig auf die Kritik an der EU-Rettungspolitik, den damit verbundenen potenziellen Kosten für Deutschland und der Ablehnung des Euro in seiner jetzigen Form fixiert, bringt die AfD eine Kritik an der EU-Politik zum Ausdruck, wie sie sich in vielen europäischen Ländern findet. Der ideologische Hintergrund einer solchen Kritik von rechts ist nationalchauvinistisch und neoliberal grundiert, womit sich die AfD mit vielen anderen Parteien des Rechtspopulismus in Europa trifft. Weniger deutlich ausgeprägt ist bisher eine islamfeindliche, ethnopluralistische und auf eine Ethnisierung der sozialen Frage angelegte Ausrichtung, wie sie für zahlreiche Parteien des Rechtspopulismus typisch ist.

Die Ergebnisse der AfD

Mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen (1,9 Prozent Erststimmen) und einem absoluten Stimmenanteil von 2.052.372 Stimmen (809.817 Erststimmen) hat die AfD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Beim Blick auf die Landesergebnisse zeigt sich, dass die AfD in Ostdeutschland leicht besser abgeschnitten hat als im Westen. In Sachsen konnte sie mit 6,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis erzielen, gefolgt von Thüringen (6,2) und Brandenburg (6,0). Starke und über dem Bundesschnitt liegende Ergebnisse gab es aber auch in den strukturstarken Ländern Hessen (5,6) und Baden-Württemberg (5,2). Hier deutet sich schon die Heterogenität in der Wählerschaft der AfD an, die vor allem Stimmen von FDP und LINKE abziehen konnte.

Land	Zweitstimmen in %
SH	4,6
HH	4,1
NI	3,7
HB	3,7
NRW	3,9
HE	5,6
RP	4,8
BW	5,2
BY	4,3
SL	5,2
BE	4,9
BB	**6,0**
MV	5,6
SN	**6,8**
ST	4,2
TH	**6,2**

Bei der Wählerwanderung ergibt sich für die AfD folgendes Bild: während von der FDP 430.000 WählerInnen zur AfD wechselten, waren es bei der LINKEN 340.000. Es folgt die Union mit 290.000 Stimmen und erst dann kommt das Spektrum der bisherigen NichtwählerInnen, aus dem die AfD 210.000 auf sich vereinigen konnte. SPD und Grüne folgen mit 180.000 bzw. 90.000 Stimmen Verluste an die AfD. Soziale Herkunft, Interessenlage und Erwartungen der früheren WählerInnen von FDP und LINKE dürften sehr unterschiedlich sein und zeigen erneut die Spannbreite und die unterschiedlichen Erwartungen der Wählerschaft der AfD bei dieser Wahl. Dies spiegelt sich auch in der sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: Mit 6 Prozent stellen Arbeiter die größte Gruppe, gefolgt von Selbständigen, Angestellten und Beamten mit jeweils 5 Prozent. Unterdurchschnittlich vertreten sind Rentner (4 Prozent) und Arbeitslose (3 Prozent). Nimmt man DIE LINKE als Vergleich, dann zeigt sich hier eine wesentlich stärkere Differenzierung und eine eindeutigere soziale Zusammensetzung, die mit dem Politikangebot der LINKEN korrespondiert (Arbeiter 12 Prozent, Arbeitslose 23 Prozent). Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD (nur mit diesem Punkt war sie im Wahlkampf wahrnehmbar) speisen sich sowohl aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung, als auch aus einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehrnationalismus: „Kein deutsches Geld für faule Griechen".

Parteiführung und Programm der AfD

Mit Bernd Lucke hat die AfD einen Vorsitzenden, der nicht als charismatische Gestalt im Sinne eines Jörg Haider, Jean Marie LePen oder Umberto Bossi bezeichnet werden kann. Lucke ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und ist seit Jahren Vertreter einer harten neoliberalen Ordnungspolitik. Schon 2005 trat Lucke als Mitinitiator des Hamburger Appells auf, in dem von Seiten einiger Wirtschaftwissenschaftler eine strengere Fiskalpolitik der Bundesregierung gefordert wurde. Lucke sammelte 2012 eine Reihe von neoliberalen Ökonomen für einen Appelle an Bundeskanzlerin Merkel zur Änderung ihrer Eurorettungspolitik im Sinne der marktradikalen Ideologie.

Neben Lucke spielen u.a. Konrad Adam und Alexander Gauland wichtige Rollen in der AfD. Adam, früher u.a. Redakteur der FAZ und Welt, ist ein ausgewiesener Konservativer. Seine antidemokratischen Vorschläge zur Einschränkung des Wahlrechts für „Inaktive und Versorgungsempfänger" machten weithin Schlagzeilen und stehen für den elitären Politikansatz der AfD generell. Gauland gehörte jahrelang zum konservativen Flügel der Union, war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Insgesamt entstammt die Führungsriege der AfD eindeutig dem gehobenen Bürgertum, dessen Interessen sich in der Partei wiederspiegeln.

Wie bei allen Parteiprojekten rechts der Union ist auch die AfD Anziehungspunkt für zahlreiche Gestalten der konservativen und extremen Rechten. Der Umgang mit diesem Personal wird für den weiteren Weg der AfD entscheidend sein. Schon heute finden sich in ihren Reihen Personen mit einer deutlich rechten Geschichte. Personal des ehemaligen Bundes freier Bürger oder Vertreter der Berliner Rechtspartei „Die Freiheit" haben sich auf den Weg zur AfD gemacht und auch für frühere Mitglieder von DVU und Reps dürfte der Weg zur AfD attraktiv sein. Wenn sich die Partei in diese Richtung weiter öffnet, werden über kurz oder lang auch deutlich rassistischere und islamfeindlichere Töne von der AfD hörbar sein, die sich heute schon in der Partei finden lassen.

Programmatisch ist die AfD weitgehend auf die aktuelle Euro-Krise und die damit verbundene Politik fixiert. Die AfD tritt für eine Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form ein. An dessen Stelle soll wahlweise die alte D-Mark oder ein kleinere und von Deutschland noch stärker dominierter Währungsverbund treten. Der Schutz der Steuerzahler steht in der Propaganda der AfD ganz vorne, womit sie sowohl die Interessen des Mittelstands als auch die Ängste und Sorgen

der Kleinsparer bedient. Keine Bankenrettung mit Steuergeldern, diese Forderung – auch der LINKEN – kommt gut an. Die Verantwortung für die Euro-Krise wird von der AfD natürlich nicht in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte gesehen. Stattdessen wird auf die verfehlte und verschwenderische Politik der Südländer verwiesen, denen gegenüber es einer härteren deutschen Gangart bedürfe. Ein Europa der Nationen ist die Leitvorstellung der AfD, womit jedoch kein völkischer Nationalismus im Sinne der extremen Rechten verstanden wird. Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der Brüsseler Bürokratie sind hier die Positionen.

Im Gegensatz zur völkischen extremen Rechten tritt die AfD für eine geregelte Zuwanderung „qualifizierter und integrationswilliger" Fachkräfte ein, will jedoch eine „Einwanderung in unsere Sozialsysteme" verhindern. Die AfD bewegt sich damit ganz im Rahmen der Unionspolitik. Die von der AfD vertretene Forderung, dass Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürfen, wäre für die NPD unvorstellbar.

Insgesamt ist die programmatische Festlegung der AfD sehr dünn und vom Bemühen gekennzeichnet, in viele politische Richtungen offen zu sein. Die offensive Unterstützung der AfD durch die Familienunternehmer zeigt die ideologische und wahrscheinlich auch finanzielle Basis der Partei, die nicht unerheblich von der Spendenbereitschaft ihrer begüterten Anhänger profitieren konnte. Auch in der konservativen Presse (FAZ, Welt) fand die AfD in Wahlkampf eine wohlwollende Aufmerksamkeit. Auch von Seiten der verblieben Konservativen in der Union könnte die AfD zukünftig Unterstützung bekommen und hier gibt es ein Potenzial nur noch locker mit der Union verbundener Wähler, für die die AfD zu einer Alternative werden könnte.

Rechtspopulismus?

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa seit den 1990er Jahren war durch die Verschmelzung neoliberaler Ideologie mit Politikelemente der extremen Rechten gekennzeichnet. Herbet Schui u.a. haben diese Entwicklung als erste ausführlich dargestellt („Wollt ihr den totalen Markt?"). Im Gefolge der FPÖ haben eine ganze Reihe von Rechtsparteien in Europa Erfolge feiern können und es bis in Regierungsverantwortung gebracht. Unter dem Stichwort Rechtspopulismus werden dabei so unterschiedliche Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, die Lega Nord, der Front National, die Partei für die Freiheit von Geert Wilders und viele andere gefasst. Die Schnittmenge der AfD zu diesen Parteien besteht gegenwärtig im chauvinistischen Abwehrnationalismus, in der Haltung zur EU und generell im politischen Stil, der, zusammen mit der inhaltlichen Ausrichtung, als Rechtspopulismus bezeichnet wird.

Populismus als Begriff beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen unterliegen dabei einer Freund-Feind-Gegenüberstellung die es erlaubt, die verschiedenen politischen Problemfelder einer klaren Einteilung in gut und böse, in dafür und dagegen zu unterstellen. Weiter kennzeichnet sich der Populismus durch eine klare Gegenüberstellung von oben und unten, von „wir hier unten", die Beherrschten, und „die da oben", die Herrschenden. Diese Gegenüberstellung erlaubt die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik und die populistische Partei oder Bewegung vertritt die Interessen der kleinen Leute gegen „die da oben".

Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten (Nation, Volk, „Rasse") ergänzen sich hier. Schließlich greift populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektualistisch.

Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Die Freund-Feind-Gegenüberstellung und die Gegenüberstellung des „wir" und „die da" lässt sich für ganz unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die „Schmarotzer", „Leistungsunwilligen" und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen Parteien des Rechtspopulismus.

Der aktuelle Rechtspopulismus knüpft vor allem an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse an. Der erfolgreiche Rechtspopulismus ist dabei durch seine Frontstellung gegen das etablierte politische Parteiensystem der jeweiligen Länder gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen „Altparteien", vom verknöcherten System, soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems bezeichnen. Die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Rechtspopulismus ergibt sich dabei nicht allein über die Inhalte, die in ähnlicher Form auch von den Etablierten angeboten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von „denen da unten" machen, die sich selbst als Ausgeschlossene begreifen.

Reaktion der LINKEN

Mit 340.000 Stimmen hat DIE LINKE hinter der FDP die zweitmeisten Stimmen an die AfD verloren. Der AfD ist es scheinbar vor allem im Osten gelungen, enttäuschte WählerInnen der LINKEN für sich zu gewinnen. Die damit verbundene Erwartungshaltung dürfte in der von der AfD verkörperten Schutzfunktion vor den finanziellen Zumutungen der Eurokrise und generell der Angst vor einem immer anonymer und undurchschaubar agierenden Kapitalismus liegen, für den die EU und Brüssel die geeignete Projektionsfläche abgibt. Dass die Politik der EU maßgeblich von Deutschland dominiert wird, dass es deutsche Kapitalfraktionen sind, die für die Krise in Europa ein großes Maß an Verantwortung tragen – all das bleibt hinter der Schuldzuweisung an EU und Brüssel verborgen. Für DIE LINKE ist es deshalb wichtig, neben dem bereits genannten chauvinistischen Abwehrnationalismus die soziale Herkunft der AfD (Professorenpartei, Partei der Besserverdienenden) und ihre finanzielle Verankerung (Großbürgertum, Familienunternehmer) herauszustellen, um so die von der AfD vertretenen Interessen zu verdeutlichen, die gerade nicht die der abhängig Beschäftigten sind.

Die AfD ist keine Nazipartei und sollte von uns auch nicht als solche bezeichnet werden. Langfristiger Effekt solcher Etikettierungen ist die Schleifung des Tabus der extremen Rechten. Offensiv sollte dagegen die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich die AfD entwickeln wird und dass hier eine weitere Rechtsentwicklung nicht auszuschließen ist. Wer mit welchen Positionen in der AfD Einfluss gewinnen wird, muss von uns beobachtet und öffentlich thematisiert werden. Teile der Neuen und auch der extremen Rechten beziehen sich schon heute positiv auf die AfD. Der Umgang mit diesen Personen wird der Maßstab dafür sein, ob die AfD in Richtung extreme Rechte tendiert oder eine rechtskonservative aber demokratische Partei bleibt. Inhaltlich zentral wird es hier sein, ob sich die AfD dem im Rechtspopulismus vorherrschenden Antiislamismus, einer Ethnisierung der sozialen Frage (soziale Zugangsrechte nur nach ethnischer Zugehörigkeit) und einem völkischen Verständnis der Nation annähert. Auch wenn die AfD diese Entwicklung nicht nehmen sollte, bleibt sie eine Partei der politischen Rechten, die soziale Interessen vertritt, die Konträr zur LINKEN liegen. *Gerd Wiegel* ■

Kölsche Tön gegen deutschen Stumpfsinn

Köln. Dass Pro Köln und Pro Deutschland sich nicht besonders gut leiden können, ist kein Geheimnis. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die beiden rechten Parteien nicht gemeinsam demonstrieren. Das führt leider dazu, dass innerhalb von gerade einmal drei Wochen gleich zweimal ein Grüppchen verwirrter RassistInnen vor der Moschee in Ehrenfeld steht.

Am 31. August war es Pro Deutschland, am 21. September dann Pro Köln. Allerdings lief dort nur die B-Elf der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ auf. Weder Markus Beisicht noch Markus Wiener ließen sich an diesem Samstag blicken, dafür aber Jörg Uckermann und Regina Wilden. Dazu kam noch ein Trupp der rechten German Defence League. Als Vorwand, um gegen Muslime und Flüchtlinge zu hetzen, diente dieses Mal die Verfolgung von ChristInnen in verschiedenen Ländern. Vor der Moschee hatte der Ehrenfelder Bürgermeister Josef Wirges zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Diese wurde im Laufe des Vormittags immer voller, so dass sich letztlich wieder die altbekannten Mehrheitsverhältnisse einstellen: Pro Köln war in der Unterzahl. Weil die Mehrheit der GDL- und Pro-AnhängerInnen offensichtlich nichts Substanzielles zu sagen hatte, mussten sowohl Uckermann als auch Sebastian Nobile (GDL) jeweils zweimal reden, um die rechte Kundgebung über die Zeit zu retten. Gegen 13:15 rollten die Ewiggestrigen dann auch endlich ihre Fahnen und Transparente ein und zogen von dannen.

Anders sah das auf der Gegenkundgebung aus. Es sprachen Josef Wirges, VertreterInnen der Moscheegemeinde, ein Vertreter der Grünen Jugend, Ralf Klemm (Bezirksvertreter der Grünen in Ehrenfeld), Jörg Detjen (Stadtrat für DIE LINKE), Matthias Birkwald (MdB für DIE LINKE), Jochen Ott (Kölner SPD-Vorsitzender) und Gisela Manderla (Ehrenfelder Bundestagskandidatin für die CDU). Für die musikalische Übertönung des braunen Spuks gab es Klänge von „Arsch Huh“ (aus der „Konserve“) und Rolly Brings, der die AntirassistInnen mit kölschen Liedern und klaren Ansagen gegen Rassismus unterstützte. Dazu gab es von der Moschee Tee und türkische Leckereien umsonst. Ein Angebot, dass sich viele DemonstrantInnen nicht entgehen ließen und welches sich alle, die wieder einmal einen Samstagvormittag für den Kampf gegen Pro Köln geopfert hatten, auch redlich verdient hatten. *jk* ■

München: Erinnerung an jüdische Nachbarn – Multimediale Website www.weissekoffer.de geht online

Der Webauftritt dokumentiert und ergänzt Wolfram P. Kastners Kunstinstallation „hier wohnte…“ „Kunst ist keine private Angelegenheit“, sagt der Künstler Wolfram P. Kastner.

Die Website www.weissekoffer.de begleitet seine Kunstaktion „hier wohnte…“. Weiße Koffer und Gedenktafeln mit Portraits und Biografien vor fünf Wohnhäusern in Neuhausen erinnern an jüdische Frauen, Männer und Kinder. Sie lebten in diesem Stadtteil, wurden verfolgt, 1941 deportiert und später ermordet. Die Installation endet am 20. November, dem Tag der Deportation jüdischer Menschen nach Kaunas. Die ehemaligen jüdischen Nachbarn erhalten auf www.weissekoffer.de ein Gesicht. All diejenigen, die in den fünf ausgewählten Häusern lebten, werden vorgestellt, meist mit Foto, Biografie und Dokumenten aus der NS-Zeit. Der Onlineauftritt wurde am 30.8. 2013 freigeschaltet. Er bietet Interviews, Hintergrundbeiträge oder Statements von Unterstützern – als Text oder Audio-Dateien. In einem Interview erinnert sich der Zeitzeuge und Neuhausener „Halbjude“ Walter Joelsen an die Zeit vor 70 Jahren. Er diskutiert mit Schülern der Winthirschule: 1943 trifft 2013.

Konstantin Wecker erzählt, warum er an die Kunst als wichtiges Medium glaubt und die jüdische Musikerin Naomi Isaacs macht im Gedenken an die ehemaligen jüdischen Bewohner Neuhausens einen Rundgang. Was die weiß gefassten Koffer einer aus Bosnien geflüchteten Frau und der Moderatorin Amelie Fried sagen, sehen Sie in einem Film. Ein Film, eine Slideshow und Audiobeiträge fangen Reaktionen und Stimmungen zum Projekt ein. Die Website ergänzt und vervollständigt die Kofferinstallation vor den Wohnhäusern, macht auf die Geschichte aufmerksam und trägt ihren Teil gegen das Vergessen bei. Ziel ist es, durch dieses Medium auch ein weiteres, jüngeres und breiteres Publikum als nur die Passanten vor Ort zu erreichen. QR-Codes an den Tafeln mit einem direkten Link zum Audio-Rundgang und zum Video verbinden plastische Installation und virtuelle Website.

Die Stiftung Journalistenakademie Dr. Hooffacker dokumentiert die Kunstinstallation mit diesem Onlineauftritt. Unterstützt wird die Aktion vom Bezirksausschuss des Stadtbezirks Neuhausen-Nymphenburg, dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der Münchner Volkshochschule, der Stadtbibliothek München, der Winthirschule u.a.

Weitere Informationen:
Wolfram P. Kastner, Institut für Kunst und Forschung, w.kastner@ikufo.de

70 Jahre „Operation Gomorrha“ Teil II

Die offizielle Gedenkpolitik nennt selbstredend immer auch die NS-Opfer mit. Beim genaueren Hinschauen zeigt sich aber auch hier eine klare Hierarchisierung des Erinnerns: Wo an jedem zerbombten, wiederaufgebauten Haus eine entsprechende Tontafel hängt, so finden sich entsprechend präsente Tafeln, die an die 1299 Zwangsarbeiterlager in Hamburg erinnern, nicht. Auch nicht an den 928 Betrieben, die Zwangsarbeitende beschäftigen. Bezeichnend: Das Grab für 140 sowjetische Zwangsarbeiterinnen, die bei einem späteren Bombardement starben, liegt weitab vom großen Massengrab für die Todesopfer der Operation Gomorrha. Die jungen Frauen, zwischen 14 und 25 Jahren alt, mussten in einer Fabrik von Valvo Phillips Röhren für Radios und Fernmeldegeräte sowie Glühbirnen produzieren und durften wie alle ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge aus den 20 Nebenstellen des KZ Neuengamme in Hamburg nicht in die Schutzräume. So starben sie 1944, geduckt in einem Graben. Während an dem beeindruckend großflächigen Bombenopfer-Sammelgrab auf dem städtischen Friedhof Ohlsdorf jährlich offizielle Kranzniederlegungen stattfanden, 1952 im Mittelpunkt des Sammelgrabs ein Mahnmal errichtet wurde – ein monumentaler quadratischer Sandsteinblock – so organisiert das Gedenken an die Valvo-Frauen nicht die Stadt, sondern kontinuierlich die VVN, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes[7] – seit einigen Jahren im Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest, wodurch die Aufmerksamkeit etwas erhöht wurde.

Zu den Toten der Bombardierungen gehörten zahlreiche ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene – Ende Juni 1943 waren in Hamburg gut 66.000 ausländische Zwangsarbeitende registriert.

Im Chaos der Luftangriffe versuchten viele von ihnen zu fliehen. So in der Nacht zum 30. Juli auch 72 von 100 sowjetischen ZwangsarbeiterInnen aus dem Krankenhaus St. Georg. Die Reaktion der Krankenhausleitung ist dokumentiert. Sie alarmierte umgehend die Gestapo, die auf der Stelle acht der nicht geflohenen Sowjets vor den Augen der Mitpatienten per Genickschuss ermordete. Erst seit September 1989 erinnert auf Initiative der Geschichtswerkstatt St. Georg ein kleiner Gedenkstein auf dem Krankenhausgelände daran.

Zu den gefährlichsten Räumungsarbeiten in den Trümmern, dort, wo viele nicht explodierte Bomben lagen, wurden Zwangsarbeitende und KZ-Häftlinge gezwungen. Wer sich weigerte, ohne Schutzanzüge und Maske verwesende Leichen zu bergen, wurde sofort erschossen. Graf Georg Henning von Bassewitz-Behr, Hamburgs SS- und Polizeiführer, verschärfte umgehend nach den Bombenangriffen den Kurs gegenüber den Zwangsarbeitenden und erließ eine entsprechende Direktive. Himmler schickte darauf ein Telegramm nach Hamburg, in dem er das „scharfe Durchgreifen“ lobte.

Im offiziellen wie im privaten Gedenken wird hiervon geschwiegen, obwohl es nicht an markanten Ereignissen mangelt. Am 16. August 1943 schrieb Generalmajor Liessem, als höherer SS- und Polizeiführer für Norddeutschland zuständig, in einem Bericht: „Ausländer haben sich zum größten Teil schlecht benommen. Sie sahen bereits den kommenden Sieg. Ein Werk wurde von Ausländern besetzt und musste durch Marine-Soldaten mit Gewalt erobert werden.“ Aber wer nicht von der gewalttätigen Ausbeutung der NS-Opfer in Hamburg sprechen will, sich nicht in dem eigenen selbstreferenziellen Opferdiskurs stören lassen will, schweigt lieber davon, dass die Bombardierung Hamburgs, eben für die Zwangsarbeitenden und KZ-Häftlinge auch ein Zeichen des nahenden Sieges über die Deutschen und ihre Wehrmacht war.

Der Hamburger Gomorrhardiskurs verliert in seinem indifferenten Gedenken an „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, in seiner Diffusität jede Schärfe gegenüber dem Nationalsozialismus. So schreibt die unabhängige Freie Akademie der Künste im Begleittext zur am 15. August begonnenen Ausstellung „Die erwartbare Katastrophe“: „...die Operation Gomorrha prägte sich als tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts in das Hamburger Stadtbild ein.“[8] Bezeichnend, dass trotz der ja vorhandenen Gedenkstätten, die an den nationalsozialistischen Terror und die Shoah erinnern, bis hin zum KZ Neuengamme, die in Hamburg „tiefste Zäsur“ die Bombardierung 1943 gewesen sein soll. Eine tiefere Zäsur als die Naziherrschaft in Hamburg, die mit ihren Orten des Terrors, der Machtentfaltung, der Volksgemeinschaft, der Blut-und-Boden-Ideologie das Stadtbild nachhaltig geprägt haben – von den Außenstellen des KZ bis hin zur völkischen motivierten Anlage von Wohnvierteln? In einer unschönen, offiziösen Form ist Gedenken im Stadtbild am Dammtorbahnhof präsent: Dort wurde 1936 von den Nazis ein Kriegerdenkmal errichtet – ein riesiger Steinblock mit marschierenden Soldaten und der Inschrift: Deutschland muss Leben, auch wenn wir Sterben müssen. Der Hamburger Senat hat auf die Forderungen linker Gruppen nach einem Abriss dem Kriegsklotz zur Hochzeit der westdeutschen Friedensbewegung ein paar kleine Skulpturen des Bildhauers Alfred Hrdlicka gegenübergestellt, die den Feuersturm zeigen, die Opfer – und, aber das wird kaum beachtet, Hrdlicka schuf auch eine Skulptur für Häftlinge des KZ Neuengamme, die durch britisches Bombardement starben. Die Britische Besatzungsmacht wollte den Kriegsklotz sprengen – der erste Nachkriegssenat verhinderte dies. Jetzt gibt es einen neuen Anlauf eines antifaschistischen Bündnisses für ein Deserteursdenkmal, welches den Kriegsklotz ersetzen soll. Es braucht keine prophetischen Gaben, um darauf zu kommen, dass der Hamburger Senat wieder bestenfalls eine die durch die neue Initiative geweckte kritische Öffentlichkeit sättigen sollende Gedenkbeilage neben dem Kriegsklotz drapieren wollen wird. Es ist angerichtet!

„Erinnerungen aufbrechen“
Temporäres Mahnmal des Bildhauers Axel Richter
Die Medien zeigen die Hamburger*innen als Opfer der Bombennächte von 1943, ohne sich lange bei den Ursachen der Katastrophe aufzuhalten. Dass es auch anders geht, will eine Kunstinstallation an der St_Petri-Kirche zeigen, deren Schaffensprozess die Willi-Bredel-Gesellschaft tatkräftig unterstützt hat. Der Künstler Axel Richter verschweigt nicht, dass das Grauen nicht im Jahre 1943 begann, sondern zehn Jahre zuvor mit Hitlers Machtantritt. Ging der Bombardierung deutscher Städte nicht die Bombardierung Gernikas im Jahr 1937 voraus? Wie war das mit der Zerstörung von Rotterdam und Coventry, Liverpool und Minsk?
Ausstellung bis Anfang November
Ort: Hauptkirche St. Petri, Petrikirche 2, Hamburg

Der Hamburger Senat hat für 2013 ein „Gedenkjahr“ ausgerufen: „Es ist wichtig, das kollektive Gedächtnis Hamburgs und die Erinnerung an das menschenverachtende Unrecht des Nationalsozialismus und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten“, so Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt, SPD, anlässlich der Vorstellung der Website zum Gedenkjahr[9]. Und Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, ebenfalls SPD, pflichtete ihr bei: „Unsere Website soll dazu beitragen, dass die vielen engagierten und aufrüttelnden Erinnerungsprojekte in unserer Stadt zahlreiche Zuschauerinnen und Zuschauer finden.“ Bezeichnenderweise stand kurz nach dem Start im Februar kaum etwas zum Nationalsozialismus auf der Site, aber dafür schon ein Hinweis Jahrestag der Operation Gomorrha: „Gedenkveranstaltung und Ausstellungseröffnung im Mahnmal St. Nikolai“. Die dortige Ausstellung zum Gomorrha-Gedenken wird für den Publikumsverkehr am 1. September größer als bisher wiedereröffnet[10]. Im Sommer stehen auf der Gedenkseite die Veranstaltungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Ohlsdorfer Friedensfestes, mit dem ein Bündnis von VVN über ver.di bis hin zur Kriegsgräberfürsorge vom 20. Juli

bis zum 4. August mit Veranstaltungen am Sammelgrab der Bombenopfer Präsenz zeigten, in denen nicht die Deutschen als Opfer der Bombardierungen im Mittelpunkt standen – im Gegenteil wurde gezeigt, wie antifaschistisch gedacht werden kann. Das Ohlsdorfer Friedensfest gibt es seit 2009 und Schwerpunkt ist es, ein kritisches Gedenken im Zusammenhang mit den alliierten Bombardierungen zu etablieren. Antifaschistische Gruppierungen haben hier die Möglichkeit, eigene, auch staatskritische Veranstaltungen durchzuführen. „Es hat eine gänzlich andere Qualität, als noch vor 10 Jahren bei den Gedenkfeiern in Ohlsdorf", so Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts, dass das Friedensfest mitveranstaltet gegenüber dem Autor: „Die Gedenkpolitik im Rahmen des Ohlsdorfer Friedhofes hat sich in den letzten fünf Jahren verschoben." Dadurch können jetzt Neonazis dort auch nicht mehr ihre geschichtsfälschenden Kundgebungen abhalten wie bis 2007[11]. Die Hamburger Innenbehörde hatte die Nazikundgebungen genehmigt und mit Polizeipräsenz begleitet. Erst als linke Antifagruppen dagegen offensiv protestierten, wurde die Friedhofsverwaltung aktiv und verbat sich das Nazigedenken. Dass Hamburger Abendblatt interviewte im Juli den Pressesprecher der Friedhofsverwaltung Lutz Rehkopf zum Ohlsdorfer Friedensfest, liess aber das Engagement der Antifagruppen außen vor, stellte es so dar, als ob die Verwaltung von sich aus aktiv geworden sei[12].

Beim offiziellen städtischen Gomorrha-Gedenken früherer Jahrestage wurde das Ausmaß der Zerstörung durch die Bombardierung wesentlich eindrücklicher beschrieben und bebildert als alle Naziverbrechen[13]. Insbesondere zu dem offiziellen Gedenken 2003 hat der Historiker Malte Thießen eine sehr informative, im Internet frei zugängliche ausführlicher Untersuchung veröffentlicht[14]. Auch dazu, wie der Eindruck erweckt wurde, die Operation Gomorrha wäre die Stunde Null für Hamburg gewesen. So als ob es danach mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vorbei gewesen wäre und alle nur noch auf das Ende gewartet hätten.

Wenige Wochen nach dem Hamburger Feuersturm hatte die Rüstungsproduktion in Hamburg mit „deutschem Durchhaltewillen" schon wieder 80 Prozent des Leistungsniveaus vor Gomorrha erreicht. Noch fast zwei Jahre leisteten die HamburgerInnen ihren Beitrag zum Krieg. Sie gaben erst auf, als am 3. Mai 1945 die ersten britischen Panzer über die Elbbrücken rollten. Unbeirrt von den Bombardierungen auch weiterer Städte.

Ralph Giordano, der die Operation Gomorrha in Hamburg-Barmbek überlebte, betonte: „Am Morgen nach der Nacht, in der Dresden unterging, also am 14. Februar 1945, fuhr der letzte Transport Hamburger Juden nach Theresienstadt ab". René Senenko, aktiv in der Ohlsdorfer Geschichtswerkstatt Willi-Bredel-Gesellschaft, brachte es gegenüber dem Autor auf den Punkt: „Das Schicksal Hamburgs wurde nicht 1943 besiegelt, sondern 1933".

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)
Beiträge zur Diskussion dieses Artikels bitte an: mail@gruppe-bricolage.org ■

Fußnoten:
7 2004: archiv.avanti-projekt.de/p_antifa/pdf/HH_040131_PR.pdf, 2005: http://www.infoarchiv-norderstedt.org/termine/ gedenkkundgebung-zum-internationalen-frauentag.html
8 http://www.erwartete-katastrophe.de/downloads.html/Programm
9 www.hamburg.de/gedenkjahr-2013
10 http://www.mahnmal-st-nikolai.de/
11 http://hamburg.vvn-bda.de/2013/07/09/friedensfest-ohlsdorf/
12 http://www.abendblatt.de/hamburg/ article118224242/Das-Ohlsdorfer-Friedensfest-ein-Sieg-ueber-die-Neonazis.html
13 Vgl. http://www.bombenkrieg-gegen-hamburg.de/. Auf dieser von Professor F. C. Gundlach, dem ehemaligen zweiten Bürgermeister Hamburgs, Ingo von Münch und dem damaligen Leiter der staatlichen Landesbildstelle, Dr. Joachim Paschen 1993 initiierten Gedenkseite finden sich zahlreiche Trümmer- und Opferfotos. Einleitend heißt es: „Von den Luftangriffen, welche die Stadt Hamburg im Juli 1943 im Zuge der 'Operation Gomorrha' heimsuchten....". Hervorhebung von mir. Heimsuchung laut Duden = Martyrium, Unglück, Schicksalsschlag.
14 Malte Thießen: Gedenken an Hamburgs „schrecklichste Stunden". Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute. Historicum.net, Themenportal Bombenkrieg (9. März 2005), http://www.bombenkrieg.historicum.net/themen/hamburg.pdf

François Fillon und der Front National: Von wegen Zurückrudern...

Am Sonntag bekräftigte der konservative Ex-Premier das Werben um die extreme Rechte

Am 8. September d.J. hatte der frühere Premierminister der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP in den Jahren 2007 bis 2012, François Fillon, einige Annäherungsübungen in Richtung extreme Rechte vollzogen. Bei den im März 14 frankreichweit anstehenden Kommunalwahlen etwa spreche er sich dafür aus, zwischen einem sozialdemokratischen und einem konservativen Kandidaten in der Stichwahl „denjenigen zu (unterstützen), der weniger sektiererisch ist" – musste man es so auffassen: also stärker bündnisoffen? Am 13. September 13 bekräftigte Fillon diese Aussprüche in Nizza abermals. Wir berichteten in der vergangenen Ausgabe bereits kurz darüber (AN 19/2013).

Am darauffolgenden Wochenende schien diese Offensive Fillons die stärkste Oppositionspartei an den Rand einer Zerreißprobe zu bringen. UMP-Parteichef Jean-François Copé erklärte am darauffolgenden Montag (16.9.13), die „Existenzfrage", also die Frage nach einem Überleben der Partei sei nunmehr gestellt. Tags darauf einigte die UMP-Parteiführung sich dann auf einen Formelkompromiss. Darin erklärte sie: „Wir bekämpfen (politisch) die Sozialistische Partei und kämpfen gegen alle Formen von Extremismus". Entschlossen natürlich. Diese Anspielung an die altbekannte, dümmliche Extremismustheorie – Links gleich Rechts undsoweiter – erlaubt es im Prinzip gleichermaßen, sich verbal vom FN abzugrenzen, und erforderlichenfalls aber auch den Ball an die Linke zurückzuspielen. Denn üblicherweise folgt dann bei UMP-Politikern im Nachsatz, dass die Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang oft vom Front de gauche („Linksfront", ungefähre Entsprechung zur Linkspartei in Deutschland) unterstützt werde, sei ja symmetrisch dasselbe wie eine eventuelle Allianz aus Konservativen und Neofaschisten des FN.

Infolge der Auseinandersetzung gingen die Popularitätswerte François Fillons leicht zurück. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts BVA für die Zeitung Le Parisien vom 19. und 20. September erklärten 48 % der Befragten, eine positive Meinung über den Ex-Premier zu hegen. Im Juli dieses Jahres waren es 56 % gewesen. Allerdings hat er gleichzeitig bei den eigenen Anhänger/inne/n der UMP nicht an Popularität verloren, sondern – im Gegenteil – hinzugewonnen. Derselben Umfrage zufolge erklärten 64 % der erklärten UMP-Wähler/innen, ihre Auffassung zu Fillon habe sich „nicht verändert"; für 24 % unter ihnen hat sie sich „zum Guten verändert", und nur für 12 % „zum Schlechten". (Allerdings bleibt sein früherer Vorgesetzter, Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy, gleichzeitig unter den UMP-Wählern als potenzieller Präsidentschaftskandidat für 2017 erheblich populärer als François Fillon selbst.)

Danach glaubte man vorläufig, die Debatte habe sich beruhigt. Unterdessen ging diese jedoch hinter den Kulissen munter weiter.

Am Sonntag, den 29. September 13 legte François Fillon dann kräftig Holz in das Feuerchen nach, das er mit seinen Äußerungen angefacht hatte. An dem Tag trat er in Saint-Just-Saint-Rambert – in der Region Rhone-Alpes gelegen, westlich von Lyon – vor einigen hundert Parteigänger/inne/n der UMP auf. Statt den vormaligen Streit in den Reihen der Partei nun auf sich beruhen zu lassen, ging er sehr entschlossen in die Offensive. Am Sonntag Nachmittag begründete er sein Werben auch um die extreme Rechte, nunmehr expliziter denn je werdend, ausführlich: „Für mich gibt es keine Anhängerschaft der Linken gegen eine Anhängerschaft der Rechten, und genauso wenig eine Anhängerschaft der extremen Rechten. Wir sind alle Franzosen und sitzen alle im selben Boot. Und dieses Schiff ist dabei, allmählich zu sinken, seit mehreren Jahren. Nun werden wir entweder alle die Lecks verstopfen und unsere Segel wieder in den Wind des Fortschritts setzen, oder aber wir machen weiter wie bisher: Jeder kultiviert seinen kleinen wahlpolitischen Garten."

Vor nichts zurückschreckend, verglich der früher einmal als „sozialpatriotischer Gaullist", also moderater Mitte-Rechts-Politiker, geltende Berufspolitiker die jetzige Situation mit jener zu den Anfängen der Résistance im Jahr 1940. Wie auch mit dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise infolge des Algerienkriegs zu Anfang des Jahres 1958. In beiden Fällen spielte der ehemalige Militär Charles de Gaulle eine politische Schlüsselrolle. Nun kann man von ihm sagen, was möchte (und insbesondere auch, dass Präsident de Gaulle im Mai 1968 für die Linke zu Rechte die Gegenseite verkörperte) – doch die Positionen Charles de Gaulles von 1940/41 waren ebenso couragiert wie objektiv antifaschistisch. Gerade dies kann man von der aktuellen Haltung seines vorgeblichen Epigonen François Fillon bestimmt nicht behaupten.

Letzterer nutzte die behauptete Parallele zu 1940 (und 1958), um auszuführen, bestimmten historischen Situationen müsse man „die Grenzen durchbrechen, welche die Wähler im einen oder anderen Lager einschließen, um den gesunden Menschenverstand und an den Mut eines jeden Bürgers anzurufen."

Er wolle, fügte Fillon hinzu, ähnlich wie zuletzt Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing in den 1970er Jahren „mindestens zwei von drei Bürgern (politisch) zusammenführen". Dies mag übrigens Giscard d'Estaing damals kurzfristig durchaus gelungen sein – im Laufe seiner Präsidentschaft wurde er dann allerdings zunehmend unpopulär –, jedoch aus ziemlich anderen Gründen als denen, die eventuell UMP- und FN-Wähler zusammenführen könnten. Der Wirtschaftsliberale Valéry Giscard d'Estaing gewann im Mai 1974 die Präsidentschaftswahl als Kandidat der Rechten, führte dann jedoch in einigen Punkten eine linksliberale Politik gesellschaftlicher Reformen durch, wie sie im damaligen 68-Nachfolge-Klima in ganz Westeuropa umgesetzt wurden. Dazu zählten: Straffreiheit für Schwangerschaftsabbrüche (Januar 1975, das Gesetz wurde gegen massive Widerstände v.a. aus der extremen Rechten durchgesetzt), definitive Entkriminalisierung von Homosexualität, Erleichterung der bis dahin in Frankreich seit 1919 außerordentlich schwierigen Ehescheidung, Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18... Nichts davon ist vergleichbar mit dem, was heute Konservative und Rechtsextreme aneinander annähern könnte.

François Fillon zeichnete am Sonntag die Konturen einer geplanten und gezielten Annäherungspolitik in Richtung des Front National. Auch wenn er einige Punkte, die zwischen ihm und der bürgerlichen Rechten noch ernsthafte Probleme bereiten, durchaus benannte. Insbesondere die manifesten Differenzen bei der Wirtschaftspolitik, oder jedenfalls im Diskurs darüber (weil die extreme Rechte jedenfalls vordergründig auf Sozialdemagogie setzt): „Das Wirtschaftsprogramm des FN ist ökonomisch absurd und politisch gefährlich." Aus bürgerlich-wirtschaftsliberaler Sicht eben deswegen, weil es eine verstärkte Staatsintervention, oberflächliche soziale Versprechungen – unter Nationalitätsvorbehalt – sowie die Vorstellung von einem Euro-Ausstieg enthält.

Über diese Differenzen hinweg versucht Fillon längerfristig, die Chancen für eine Annäherung auszusondieren. Auch wenn Marine Le Pen nach seinen ersten Auslassungen zum Thema von Anfang September über ihn spottete – bei ihrer Marseiller Rede vom 15.9.13 verglich sie ihn mit „einem Fahrer beim Autorennen, der auf Nahauffahren setzt" –, so wird ihre Partei doch die Chancen für offene Türen im konservativen Block aufmerksam beobachten. Unterdessen dürfte die Aussicht, eventuelle Widersacher „im einen oder anderen Lager ein- (zu)schließen", so manche Anhänger/innen der extremen Rechten durchaus verlocken. Im Gegensatz zu dem, was Fillon kritisierte, allerdings auch in einem anderen Sinne...

Bernhard Schmid, Paris ■

FN und soziale Fragen(n): Enthusiastisch für Sonntagsarbeit

Soziale Demagogie ist im Augenblick ein wichtiges Erfolgsrezept in den Wahlkämpfen der extremen Rechten. Deswegen ist es von erheblicher Bedeutung, die Argumentation einer Partei wie des Front National (FN) in sozialen Fragen genau zu verfolgen. Dies tun derzeit auch die wichtigsten Gewerkschaftsverbände in Frankreich, die begonnen haben, sich über den Einfluss der extremen Rechten – auch an ihrer eigenen Basis, bis hinein in ihre Mitgliedschaft – ernsthafte Sorgen zu machen. Vor diesem Hintergrund soll i.Ü. im Januar 2014 eine zweitägige gewerkschaftliche Großveranstaltung gegen die extreme Rechte stattfinden. Diese wird von CGT (stärkster Gewerkschaftsverband in Frankreich), FSU (Gewerkschaftsverband im Bildungswesen) und Union syndicale Solidaires (Zusammenschluss vorwiegend aus linken Basisgewerkschaften wie SUD) organisiert werden. Am 23. September 13 fand ein gemeinsames Vorbereitungstreffen von CGT und FSU dafür statt.

Unterdessen ist das sozialpolitische Thema, das momentan am meisten Staub aufwirbelt – nach dem bisherigen Misserfolg der Demonstrationen (vom 10. September) gegen die regressive „Rentenreform", deren Grundzüge am 27. August durch die Regierung präsentiert wurden – die Frage der Sonntagsarbeit. Alle Zeitungen waren in den letzten Tagen voll davon: Trotz einer Strafandrohung – in Form eines Zwangsgeld in Höhe von 120.000 Euro pro Tag und pro Geschäft, infolge eines Gerichtsurteils aus der Pariser Vorstadt Bobigny – öffneten am Sonntag, den 29.09.13 insgesamt vierzehn Möbelgeschäfte im Raum Paris. Es handelt sich um Niederlassungen der beiden Marken Merlin-Leroy und Castorama, bei denen Möbel sowie Artikel für den Bastel- und Heimwerkerbedarf erworben werden können. Die beiden Handelsketten argumentieren damit, dass sie rund 20 Prozent zusätzlichen Umsatzes pro Woche am Sonntag erzielen. Ferner herrschten ungleiche und ungerechte Wettbewerbsbedingungen. Denn in ausgewiesenen touristischen Zonen, wie etwa auf den Champs-Elysées in Paris, dürfen Geschäfte ohne Weiteres auch sonntäglich öffnen, sofern bestimmte Gegenleistungen für die abhängig Beschäftigten (konkret: Lohnzuschläge) vorgesehen sind. Dies gilt jedoch nicht beispielsweise für Créteil – eine ausgesprochen hässliche Pariser Vorstadt mit eher geringer touristischer Attraktivität -, wo eines der 14 Geschäfte liegt.

Zuvor hatten rund 300 Lohnabhängige der beiden Ketten in Paris öffentlichkeitswirksam protestiert, und zwar für ihr Recht darauf, auch am Sonntag zu arbeiten. Die Möglichkeit dazu kommt sicherlich in Einzelfällen auch den Lohnabhängigen zugute, und zwar insofern, als diese die Lohnzuschläge bereits als festen

Lohnbestandteil einkalkuliert haben – und oft auf ihn angewiesen sind. Beispielsweise zitiert die Tageszeitung ‚Libération' in ihrer Montagsausgabe eine Beschäftigte, für die die Lohnzuschläge für Sonntagsarbeit 22 % ihres monatlichen Einkommens ausmachen – und einen weiteren Kollegen (wahrscheinlich Teilzeitbeschäftigter, da er angibt, dass die Zuschläge „die Hälfte" seiner Einkünfte ausmachten), dem zufolge „seine Miete den Lohn übersteigt", falls die Sonntagszuschläge ausblieben. Dies bedeutet aber vor allen Dingen eines, nämlich, dass die Löhne in dem Sektor unverschämt tief fliegen.

Eine andere Frage ist hingegen, ob man deswegen die Regel aufgeben soll, die Lohnabhängige bislang vor der Anordnung von Sonntagsarbeit schützt, auch wenn einige von ihnen durchaus dazu willens sein mögen. Auch eine Aufhebung des Verbots, bei Rotlicht zu fahren, käme einigen Verkehrsteilnehmer/inne/n (die es vielleicht aus guten Gründen eilig haben) sicherlich zupass. Aber es bleibt aufrecht erhalten, vielleicht nicht um gerade diese Verkehrsteilnehmer/innen – die gute Autofahrer/innen oder aufmerksame Radler/innen –, sondern um die Gesamtheit aller Verkehrsbeteiligten zu schützen. Begründete Ausnahmen sind dabei ja zulässig: Rettungswagen, Feuerwehr- und Polizeiautos müssen nicht an roten Ampeln halten (und dieselben Berufsgruppen, unter anderem, dürfen respektive müssen aus naheliegenden Gründen auch am Sonntag arbeiten). Die Frage stellt sich also, wie sinnvoll eine Ausnahme in diesem Falle wäre, und sie durchzieht derzeit etwa die Regierungsparteien: Die eher als wirtschaftsliberal und großbürgerlich „Sozial"ministerin Marisol Tourain etwa spricht sich für die „notwendige Änderung" angeblich allzu starrer Regelungen aus, während Arbeitsminister Michel Sapin am Montag erklärte, der Beschäftigtenschutz spreche gegen ihre allgemeine Lockerung.

Der rechtsextreme Front National dagegen reagiert, über seine Presse – vor allem den viel genutzten Internetservice Nations Presse Info (NPI) – auf sehr wenig nuancierte Weise auf die Fragestellung. Denn NPI unterstützt mit fliegenden Fahnen die Mobilisierung gerade dieser Lohnabhängigen, die der extremen Rechten mutmaßlich umso stärker zupass kommt, als sich auch eine Spitze gegen die „etablierten" Gewerkschaften hineinbringen lässt. Allein am 27. September 13 berichtete NPI zwei mal hintereinander über die tolle Mobilisierung. Etwa begleitet von dem unzweideutigen ideologiegeränkten Kommentar: „Gegenüber dem gewerkschaftlichen und politischen Sektierertum, das Frankreich seit 40 Jahren ruiniert, wollen die Altparteien UMPS (Anm.: UMP und PS) jetzt die Schließung der Geschäfte am Sonntag!"

Bernhard Schmid, Paris ■

We are here to Stay!

Lampedusa in Hamburg – Mittwochs-Demo zum Rathaus

Am 12.9. fand die erste der nun wöchentlich stattfindenden Demonstrationen unter dem Motto „Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!" statt. Auf der Demonstration mit über 150 TeilnehmerInnen durch die Innenstadt zum Jungfernstieg wurden Flyer verteilt und lautstark eine Lösung für die Gruppe „Lampedusa in Hamburg" gefordert.

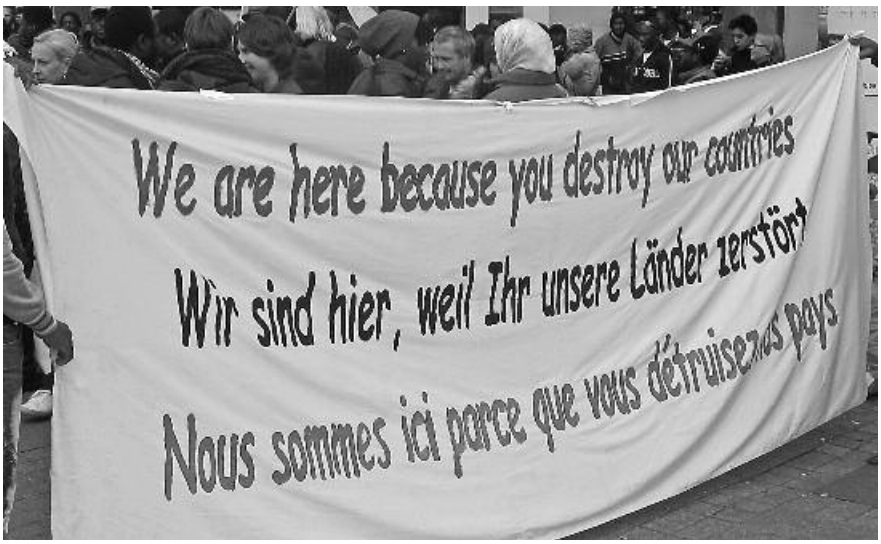
Der politische Druck auf Hamburgs Straßen wird aufrecht gehalten, auch hinsichtlich einer anstehenden Entscheidung der Innenbehörde bezüglich den von der Gruppe gestellten repräsentativen Anträgen auf humantären Aufenthalt.

Nach über vier Monaten des Kampfes und im Bewusstsein der starken Solidarität innerhalb der Hamburger Bevölkerung hatte sich die Gruppe für diesen Schritt entschieden, um die lebensbedrohliche Ignoranz des Hamburger Senats zu beenden. Die Anträge stehen exemplarisch für die Gruppe „Lampedusa in Hamburg".

Dazu Asuquo Udo, einer der Sprecher der Gruppe: „Wir sind sehr dankbar für das Verständnis der Hamburger Bevölkerung und die große Unterstützung, die wir täglich erfahren. Das gibt uns in unserer verzweifelten Situation die Kraft immer wieder aufzustehen und für unsere Rechte zu kämpfen. Wir können nicht mehr länger warten, die Situation bedroht unsere Gesundheit und unser Leben. Viele von uns sind krank, das kalte Wetter macht es nur schlimmer. Wir leiden unter der Ungewissheit und der erzwungenen Untätigkeit, es ist psychisch sehr belastend für uns. Wir haben uns entschieden gemeinsam mit unseren Anwälten repräsentative Anträge auf humanitären Aufenthalt zu stellen, damit sich der Senat nicht mehr weiter seiner Verantwortung entziehen kann.

Wir sagen aber ganz klar: Die Anträge stehen exemplarisch für die ganze Gruppe, wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Die Ignoranz und die politischen Spielchen der politisch Verantwortlichen sind lebensgefährlich für uns, das muss endlich ein Ende haben! Wir wurden aus zwei Ländern vertrieben, unser Leben wurde gleich doppelt von der europäischen Politik zerstört. Wir können nicht zurück, wir bleiben hier!"

PM Lampedusa in Hamburg ■



Protest für bedingungsloses Recht auf Aufenthalt

Karlsruhe. Seit dem 23.9. protestieren mehrere nigerianische Flüchtlinge aus einem Lager in Schwäbisch Gmünd vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. Die Geflüchteten leben bereits seit mehreren Jahren in Deutschland, ohne das über ihre Asylanträge entschieden wurde. Sie wollen nun vor dem Karlsruher Büro des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in einem Protestcamp ausharren, bis sie endlich eine Entscheidung über ihre Asylanträge bekommen.

Bereits in der Vergangenheit haben die beteiligten Flüchtlinge auf verschiedene Art und Weise auf ihre Situation aufmerksam gemacht, so beteiligten sie sich unter anderem an Protestaktionen gegen die Lagerunterbringung, die Versorgung mit Essenspaketen und Gutscheinen anstatt mit Bargeld sowie die Residenzpflicht. Als Teil der Refugee Revolution Bus Tour informierten sie Flüchtlinge in Lagern in der gesamten Bundesrepublik. Durch eine Besetzung der nigerianischen Botschaft in Berlin machten sie auf die Kollaboration nigerianischer und deutscher Behörden bei der Abschiebung afrikanischer Flüchtlinge nach Nigeria aufmerksam.

Nun haben die Betroffenen ihren Protest gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik erneut zu den Verantwortlichen getragen. Sie werden ihr Protestcamp vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe nicht aufgeben, bis endlich Bewegung in ihre Asylverfahren kommt!

Unterstützt die Flüchtlinge in ihrem Protestcamp vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe (Durlacher Allee 100)!

Refugee Protest Camp in Karlsruhe
Quelle: http://www.thevoiceforum.org
25.9.2013 ■

Kein Zwang zum Integrationskurs

Mannheim. Eine 62-jährige Türkin darf nicht dazu gezwungen werden, einen Integrationskurs zu besuchen. Das hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim am 16. August entschieden (Az. 11 S 208/13). Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass Ausländerbehörden im Hinblick auf Integrationskurse einen Ermessensspielraum besäßen (vgl. Ausgaben 7/09, 10/07). Da die türkische Klägerin an einer Krankheit leide, sei die Teilnahme unzumutbar, so das Gericht. Die Frau habe zudem die Integration ihrer eigenen Kinder „besonders erfolgreich gefördert".

Nachdem das Karlsruher Landratsamt die seit 1981 in Deutschland lebende Frau zu einem Kurs verpflichten wollte, hatte sie geklagt. Nach dem Aufenthaltsgesetz können Ausländer nur dann zu einem Integrationskurs verpflichtet werden, wenn sie in „besonderer Weise integrationsbedürftig" sind. Auf diesen Passus bezogen sich auch die Mannheimer Richter. Von dem Urteil erhoffen sich Migrantenorganisationen, dass die Teilnahme an Integrationskursen künftig stärker vom Einzelfall abhängig gemacht wird. (www.verwaltungsgerichtshof-baden-wuerttemberg.de)

Quelle: Newsletter September 2013 -
http://www.migration-info.de ■

Piratenfraktion will Termine für Sammelabschiebungen öffentlich machen

NRW. Nach Ablehnung der Veröffentlichung von Terminen für Sammelabschiebungen durch Innenminister Jäger gibt die Piratenfraktion die entsprechenden Daten ab jetzt im Voraus bekannt. „Jäger spricht von erheblichen Sicherheitsbedenken und tut damit so, als ob Kriminelle, Terroristen und Mörder abgeschoben würden.

In Wirklichkeit sind von den Sammelabschiebungen oft Familien betroffen, die hier seit vielen Jahren leben und Deutschland als ihre Heimat begreifen. Wenn die Menschen in der Nacht ohne Ankündigung zum Zwecke der Sammelabschiebung abgeholt werden, dann ist das menschenunwürdig. Die Vorgehensweise dient allein dem Zweck, die hässliche Realität deutscher Abschiebepolitik vor der Öffentlichkeit zu verbergen", so Frank Herrmann, Abgeordneter der Piratenfraktion und Sprecher im Innenausschuss.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu den aktuellen Daten der Sammelabschiebungen in NRW erklärt Jäger, dass eine Veröffentlichung der Zeitdaten der Sammelabschiebungen das Ergebnis geplanter Rückführungsmaßnahmen in Frage stellen würde. Außerdem würde eine Veröffentlichung dazu führen, dass sich die abzuschiebenden Personen den Zugriff durch die Behörden entziehen.

„Minister Jäger sollte sich ein Beispiel an seinem niedersächsischen Kollegen nehmen. So sollen nach Ankündigung der niedersächsischen Landesregierung keine nächtlichen Abholungen mehr stattfinden und die Abschiebetermine im Voraus bekannt gegeben werden. Warum ist das in Niedersachsen möglich, aber in NRW nicht? Solange unsere rot-grüne Regierung auf die eigenen Wahlversprechen und die eigenen Ansprüche pfeift, werden wir die Sammelabschiebungs-Termine veröffentlichen. Das gehört für uns zur Transparenz und Aufklärung dazu", so Herrmann weiter.

Die nächsten Termine für Sammelabschiebungen finden am 29.9.2013 und 19.11.2013 statt – beide nach Serbien. Kleine Anfrage Drs. 16/3765

Quelle: Pressemitteilung Piratenfraktion im Landtag NRW 10.9.2013 ■

Österreich: Integrationsbericht fordert Reformen

Der Anfang August in Wien vorgestellte Integrationsbericht des von der Regierung eingesetzten Expertenrates für Integration fordert weitreichende politische Reformen. Dazu gehört vor allem ein leichterer Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card, die u. a. die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für Ausländer nach Abschluss ihres Studiums in Österreich regelt. So soll die Mindest-Nettoverdienstgrenze für einen Verbleib von derzeit 1.900 auf 1.800 Euro monatlich gesenkt werden. Zudem soll die Karte auch Absolventen mit einem Bachelor-Abschluss erteilt werden, was bisher nicht der Fall war. Universitätsabsolventen sollen künftig zwölf statt sechs Monate Zeit zur Arbeitssuche erhalten.

Außerdem soll der Bezug der Karte künftig auch für Menschen mit „atypischen Beschäftigungsverhältnissen" wie Werkverträgen und freien Dienstverträgen möglich sein. Aktuell hat jeder fünfte Einwohner Österreichs einen Migrationshintergrund (vgl. Ausgaben 3/13, 5/00, 4/00). Rund 55 % der Zuwanderer kommen aus EU-Staaten.

Quelle: http://www.migration-info.de
Newsletter Ausgabe September 2013 ■

Vereinigtes Königreich: Kritik an „Go Home"-Kampagne

Das britische Innenministerium führt seine harte Anti-Zuwanderungspolitik weiter fort. Derzeit sorgt eine Kampagne zur Bekämpfung illegalen Aufenthalts für Entrüstung bei Menschenrechtsorganisationen und Unmut innerhalb der Regierungskoalition. Das Innenministerium ließ Anfang August Werbefahrzeuge mit dem Slogan „Geh nach Hause – oder ins Gefängnis!" durch Londoner Stadtteile mit hohem Zuwandereranteil fahren, um Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung aufzufordern, das Land zu verlassen.

Nach massiver Kritik an dieser einschüchternden Aktion und der Androhung rechtlicher Schritte seitens führender Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen hat sich das Innenministerium bereit erklärt, in Zukunft derartige Maßnahmen im Vorfeld mit der Bevölkerung der betreffenden Stadtteile abzustimmen. Der liberal-demokratische Wirtschaftsminister Vince Cable nannte das Vorgehen seiner konservativen Kollegin Theresa May im Innenministerium „dumm und beleidigend".

Inzwischen wurde bekannt, dass Asylbewerber in Einwanderungsbüros in London und Glasgow mit „Go Home"-Postern des Innenministeriums mit Aussagen wie „Das Leben hier ist hart? Heimkehren ist simpel" aufgefordert werden, das

Land zu verlassen. Auch dies rief massive Kritik durch Bürgerrechtsaktivisten und schottische Abgeordnete hervor. (www.theguardian.com)

Quelle: Newsletter September 2013 - http://www.migration-info.de ■

Europaparlament: Kritische Debatte zur „Smart Borders"

Brüssel. Der Innenausschuss des Europaparlaments hat diese Woche erstmals den Vorschlag der Kommission für die Einführung einer Fingerabdruckdatenbank für alle AusländerInnen diskutiert („Smart Borders"). Der Vorschlag sieht vor, dass künftig alle AusländerInnen bei Ein- und Ausreise in die EU mit allen zehn Fingerabdrücken erfasst und kontrolliert werden.

Ska Keller (Migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament) hat in ihrer Rede keinen Zweifel daran gelassen, dass „Smart Borders" ein völlig ungerechtfertigter Eingriff in die Grundrechte von Reisenden sind: „Sie sind ziel- und nutzlos, grundrechtswidrig und diskriminierend, sie werden uns Milliarden kosten, und sie werden die Warteschlangen an den europäischen Grenzen erheblich verlängern."

Auch viele Sozialdemokraten und Liberale (aber nicht alle), die Fraktion der europaskeptischen Konservativen sowie einige Konservative von der Europäischen Volkspartei sind gegen „Smart Borders". Hauptargumente sind die enorm hohen Kosten von mehr als einer Milliarde Euro und die Befürchtung eine Kostenexplosion; gleichzeitig ist unklar, was die Fingerabdruckkontrollen genau bringen sollen.

Der europäische Datenschutzbeauftragte und die Datenschützer der Mitgliedsstaaten qualifizieren „Smart Borders" darüber hinaus als unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff ab.

Die Berichterstatterin und Verhandlungsführerin des Parlaments für die Fingerabdruckdatenbank, die deutsche Europaabgeordnete Renate Sommer (CDU), dagegen fordert eine noch überzogenere Version von „Smart Borders". Sie will die Fingerabdruckdatenbank nicht nur für Grenzkontrollen nutzen, sondern auch zur Verbrechensbekämpfung. Dafür soll auch die Polizei Zugriff auf die Fingerabdrücke bekommen. Sommer macht sich damit zur Fürsprecherin der Mitgliedsstaaten in Europaparlament, die ebenfalls den Polizeizugriff fordern.

So geht es weiter:

Voraussichtlich im Oktober werden die Berichterstatter des Parlaments ihre Änderungsvorschläge zu Smart Borders vorlegen. Dann wird sich zeigen, wo das Parlament wirklich steht.

Quelle: LIEBE-Blitzlicht September 2013 ■

Protest für bedingungsloses Recht auf Aufenthalt

Karlsruhe. Seit dem 23.9. protestieren mehrere nigerianische Flüchtlinge aus einem Lager in Schwäbisch Gmünd vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. Die Geflüchteten leben bereits seit mehreren Jahren in Deutschland, ohne das über ihre Asylanträge entschieden wurde. Sie wollen nun vor dem Karlsruher Büro des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in einem Protestcamp ausharren, bis sie endlich eine Entscheidung über ihre Asylanträge bekommen. Bereits in der Vergangenheit haben die beteiligten Flüchtlinge auf verschiedene Art und Weise auf ihre Situation aufmerksam gemacht, so beteiligten sie sich unter anderem an Protestaktionen gegen die Lagerunterbringung, die Versorgung mit Essenspaketen und Gutscheinen anstatt mit Bargeld sowie die Residenzpflicht. Als Teil der Refugee Revolution Bus Tour informierten sie Flüchtlinge in Lagern in der gesamten Bundesrepublik. Durch eine Besetzung der nigerianischen Botschaft in Berlin machten sie auf die Kollaboration nigerianischer und deutscher Behörden bei der Abschiebung afrikanischer Flüchtlinge nach Nigeria aufmerksam. Nun haben die Betroffenen ihren Protest gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik erneut zu den Verantwortlichen getragen. Sie werden ihr Protestcamp vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe nicht aufgeben, bis endlich Bewegung in ihre Asylverfahren kommt!

Unterstützt die Flüchtlinge in ihrem Protestcamp vor der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe (Durlacher Allee 100)!

Refugee Protest Camp in Karlsruhe
Quelle: http://www.thevoiceforum.org 25.9.2013 ■

Bundesrepublik muss mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen

Berlin. „Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge muss deutlich beschleunigt und vereinfacht werden", fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Ulla Jelpke, anlässlich des bundesweiten Tags des Flüchtlings am 27. September. Jelpke weiter: „Bereits im Mai wurde die Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen aus dem Libanon beschlossen. Die erste Gruppe mit 107 Flüchtlingen wurde erst im September ausgeflogen, die Aufnahme der restlichen Flüchtlinge wird sich noch bis ins nächste Jahr hinziehen. Das ist nicht hinnehmbar. Das Aufnahmeverfahren muss deutlich beschleunigt werden, etwa indem auf den zweiwöchigen Aufenthalt im Grenzdurchgangslager Friedland verzichtet wird. Klare Vereinfachungen muss es auch für Syrerinnen und Syrer geben, die in Deutschland leben und Verwandte aus Syrien bei sich aufnehmen wollen. Der Beschluss des Bundestags vom Juni, die Aufnahme von Flüchtlingen bei Verwandten zu ermöglichen, wird ansonsten Makulatur. Diese eigentlich einfachste Form der Flüchtlingsaufnahme scheitert derzeit schon daran, dass in den deutschen Auslandsvertretungen keine Termine für eine fristgerechte Beantragung der nötigen Visa vergeben werden. Schließlich können es sich nur sehr wohlhabende Familien leisten, ihre Verwandten zu sich zu holen, weil sie für alle Kosten des Aufenthalts in der Bundesrepublik geradestehen müssen. Bund und Länder müssen endlich umfassende Erleichterungen schaffen, indem beispielsweise die Kosten der Krankenversicherung übernommen werden.

Darüber hinaus muss die EU ihre Grenzen für Flüchtlinge öffnen. Die militärische Abschottung der EU-Außengrenzen zwingt Flüchtlinge auf immer gefährlichere Routen und fordert immer mehr Todesopfer. Ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen muss an den Außengrenzen genauso gelten wie in Deutschland. Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung der Residenzpflicht, die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden sowie die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Arbeitsverbote für Asylsuchende und Geduldete." *Berlin, den 24. September 2013*
Ulla Jelpke ■

Tag des Flüchtlings

Der Flüchtlingsrat Thüringen vergibt zum Tag des Flüchtlings am 27.9.2013 erneut den Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen. Preisträger ist in diesem Jahr die Gutscheinumtauschinitiative Apolda, die seit etwa zwei Jahren regelmäßig mit Flüchtlingen Gutscheine gegen Bargeld tauscht. Den Preis erhalten Menschen, die sich seit langer Zeit und/oder in besonderem Maße für die Rechte von Flüchtlingen und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzen. Immer am ersten Montag im Monat trifft sich die Gutscheinumtauschinitiative, die von Menschen aus Jena initiiert wurde, in Apolda. Dort tauschen sie und UnterstützerInnen mit Asylsuchenden die Gutscheine 1:1 in Bargeld und gehen dann selbst mit den Gutscheinen einkaufen. Mit dieser ganz praktischen, solidarischen Unterstützung widersetzen sie sich dem diskriminierenden System der Gutscheinpraxis und verhelfen Flüchtlingen zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe am soziokulturellen Leben. Neben dem Landkreis Greiz ist das Weimarer Land der einzige Landkreis in Thüringen, der ohne rechtliche Notwendigkeit noch an der diskriminierenden Gutscheinpraxis festhält.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 26.9.2013 ■

„Ineffizient, überflüssig, demokratiefeindlich und unkontrollierbar“

Memorandum von Bürgerrechtsorganisationen fordert Auflösung der Verfassungsschutzämter

Mehrere bundesdeutsche Bürgerrechtsorganisationen präsentierten am Freitag, den 20. September 2013, in Berlin ein gemeinsames Memorandum zur Auflösung des „Verfassungsschutzes“ (VS). Die Autoren und unterstützenden Organisationen appellieren an die Politiker/innen aller Parteien, nach den jüngsten Geheimdienst-Skandalen endlich durchgreifende rechtspolitische Konsequenzen zu ziehen. Der Inlandsgeheimdienst habe sich wiederholt als ineffizient, überflüssig, demokratiefeindlich und unkontrollierbar erwiesen. Es handle sich dabei um permanente, systembedingte Defizite, die alle bisherigen Versuche einer Reform der VS-Behörden in Bund und Ländern überstanden haben. Die Verfassungsschutzbehörden sollten deshalb ersatzlos abgeschafft werden. Die Bürgerrechtsorganisationen rufen Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ihre Forderung zu unterstützen.

Keine Sicherheitslücke bei Auflösung der VS-Behörden

Till Müller-Heidelberg (Humanistische Union) weist darauf hin, dass bei einer Auflösung des Bundesamtes und der 16 Landesbehörden für „Verfassungsschutz“ keine „Sicherheitslücken” entstünden. „Auch wenn heute immer wieder die Gefahr terroristischer Anschläge beschworen wird – davor schützt uns kein Verfassungsschutz. Seine gesetzliche Hauptaufgabe besteht darin, Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln.” Was „Verfassungsschützer“ darunter verstünden, lasse sich in jedem ihrer Jahresberichte nachlesen. Der VS registriere missliebige politische Auffassungen und denunziere deren Vertreter. „Keine der so genannten terroristischen Aktivitäten hat die Sicherheit von Bund und Ländern oder deren Verfassungsorgane ernsthaft gefährdet.” Bei „terroristischen” Taten handle es sich um mehr oder weniger gravierende Straftaten. „Für die Abwehr unmittelbar bevorstehender Gefahren sowie die Aufklärung solcher Gewalttaten ist allein die Polizei zuständig”, so Müller-Heidelberg. Er verweist zudem auf den jährlich von Bürgerrechtsorganisationen herausgegebenen „Grundrechte-Report“, der die Gefährdungen für Demokratie und Verfassungsordnung bilanziere. Diese gingen überwiegend von staatlichen Sicherheitsorganen, anderen Behörden und Wirtschaftsunternehmen aus. „Um Bedrohungen für unsere demokratische Gesellschaft zu erkennen, bedarf es keiner Geheimdienste. Die Expertisen zivilgesellschaftlicher Gruppen und sozialwissenschaftlicher Forschungen sind den Berichten und Lageeinschätzungen der amtlichen „Verfassungsschützer“ deutlich überlegen, wenn es etwa um Diagnose, Analyse und Früherkennung rassistischer Strukturen oder gewaltorientierter Gefahrenlagen geht. Und sie kommen ohne Schnüffeleien und unüberprüfbare Verrufserklärungen aus”, betont der Mitherausgeber des seit 1997 erscheinenden „alternativen Verfassungsschutzberichtes”.

Skandale, Machtmissbrauch und Bürgerrechtsverletzungen als Strukturprobleme

Für Rolf Gössner (Internationale Liga für Menschenrechte) sind die aktuellen Affären um NSU und NSA ein weiterer Beleg dafür, dass Geheimdienste wie der VS strukturell unkontrollierbar sind, skandalträchtig arbeiten und zur Verselbständigung neigen. „Das ist eine große Gefahr für viele Menschen und ihre Bürgerrechte. Unser Memorandum erinnert daran, dass die 63-jährige Geschichte des VS eine Geschichte der Skandale und Bürgerrechtsverletzungen ist.” Gössner stellt klar, dass sich die Kritik am VS nicht etwa gegen sämtliche MitarbeiterInnen richte: „Es geht nicht in erster Linie um individuelles Fehlverhalten oder inkompetente VS-Bedienstete, sondern um intransparente, unkontrollierbare und deshalb demokratiewidrige Arbeitsweisen und Strukturen der VS-Behörden.” Deshalb würden auch die jetzt laufenden punktuellen Reformbemühungen dem Problem keineswegs gerecht. „Mehr IT-Kompetenz, eine bessere Quellenauswertung und neue Richtlinien zum Aktenumgang sind hilflose und untaugliche Versuche, denn sie lösen weder die strukturelle Blindheit des VS gegenüber den Gefahren von Rechts und aus der Mitte der Gesellschaft noch die im Kern demokratie- und rechtsstaatswidrige Arbeitsweise der Behörde.“ Mit Blick auf die vorgeschlagene Stärkung der Kompetenzen des Bundesamtes warnt Gössner: „Es wäre der Grundstein zum nächsten Skandal, wenn der VS am Ende gestärkt aus dem gewaltigen Desaster, das er selbst angerichtet hat, hervorginge. Ihm sollten schleunigst die nachrichtendienstlichen Mittel und Methoden entzogen werden – damit die Gesinnungskontrolle und das kriminelle V-Leute-Unwesen endlich ein Ende finden.” Eine Auflösung des geheimdienstlichen VS sei auch mit dem Grundgesetz vereinbar – die Verfassung schreibe keineswegs vor, dass die Behörde mit geheimdienstlichen Kompetenzen auszustatten sei.

Gescheiterte parlamentarische und gerichtliche Kontrollversuche

Der Freiburger Rechtsanwalt Udo Kauß (Humanistische Union) betrachtet sämtliche Versuche einer parlamentarischen wie datenschützerischen Kontrolle des Geheimdienstes als gescheitert. „Am verfassungsschützerischen System der Geheimhaltung, das dem Schutz der V-Leute und anderer Informationsquellen dient, scheitern regelmäßig Justiz, Parlamente und Datenschutzbeauftragte. Jene Behörde, die Verfassung und Demokratie schützen soll, erweist sich damit selbst als demokratische Gefahr, weil sie den Grundprinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widerspricht.” Bezeichnenderweise wurde keiner der Geheimdienstskandale von den Kontrolleuren aufgedeckt. „Die Arbeit der parlamentarischen Kontrollgremien selbst bleibt im Geheimen. Konsequenzen muss der Dienst kaum fürchten – die Kontrolleure dürfen darüber in der Öffentlichkeit nicht reden.” Als Rechtsanwalt erlebe er immer wieder, wie Gerichtsverfahren, an denen der Verfassungsschutz beteiligt ist, zu Geheimverfahren mutieren. „All das widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen und ist schlicht demokratiewidrig”, so Kauß. Auch wenn der VS jetzt mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit um mehr Vertrauen in der Bevölkerung werbe, gelte weiterhin: „Ein transparenter, effektiv kontrollierbarer Geheimdienst bleibt ein Widerspruch in sich.”

Humanistische Union, vereinigt mit Gustav Heinemann-Initiative, Internationale Liga für Menschenrechte und Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (Hg.): Brauchen wir den Verfassungsschutz? NEIN! Gemeinsames Memorandum von Bürgerrechtsvereinigungen zum Inlandsgeheimdienst „ Verfassungsschutz“. 1. Auflage Berlin, Sept. 2013, 84 Seiten, ISBN: 978-3-930416-30-1
Erarbeitet von Dr. Rolf Gössner, Johann-Albrecht Haupt, Dr. Udo Kauß, Dr. Till Müller-Heidelberg und Thomas von Zabern. Mit Unterstützung von: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Chaos Computer Club, digitalcourage e.V., Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF), Komitee für Grundrechte und Demokratie

Die vollständige Textfassung des Memorandums, eine ausführliche Skandal-Chronik sowie weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden sich auf der Webseite: http://www.verfassung-schuetzen.de

Broschüre des Monats: Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechts

Demonstrationen, Mahnwachen, massenhaftes Verteilen von Aufklebern - rechtsextreme Straßenpolitiken nehmen verschiedene Formen an und wollen vor allem eines: Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen und Räume für sich beanspruchen. Auch die Reaktionen darauf sind vielfältig und reichen von Verbotsforderungen über die Entwicklung kreativer Bündnisse bis hin zu Blockaden.

Die Broschüre „Dagegen! Und dann?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW" bündelt die Beiträge und Diskussionen mehrerer Tagungen, auf denen Erfahrungen von Initiativen und Bündnissen, der Polizei oder Beratungsdiensten ausgetauscht wurden. Sie ist in drei Teile gegliedert: Rechtsextreme Straßenpolitiken, Zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und ein Fazit. Im Serviceteil werden weiterführende Literatur- und Internethinweise gegeben und Adressen von Beratungsstellen und Ansprechpersonen v. a. aus NRW aufgeführt.

Klare, Heiko/Sturm, Michael (Hrsg.): „Dagegen!" Und dann. . . ?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW Münster: 2011, 66 Seiten, Ausleihe über: www.migration-online.de/medienverleih

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt September 2013" ■

GegenBuchMasse 2013

Zum 18. Mal findet während der Frankfurter Buchmesse die Lesereihe „GegenBuchMasse" statt. Die „GegenBuchMasse" ist eine unkommerzielle Veranstaltungsreihe. Sie wird von verschiedenen Gruppen, Veranstaltungsorten und Initiativen getragen und hat das Ziel kritischen Gedanken, die in den auf der Messe präsentierten Buchmassen nicht im Vordergrund stehen, ein Forum zu geben. Die Veranstaltungen „GegenBuchMasse" waren und sind kostenlos. Sie basieren auf dem persönlichen Engagement der beteiligten Personen und werden durch Spenden finanziert.

Vom 7.-13. Oktober 2013 werden während der „GegenBuchMasse" im Rahmen von Lesungen insgesamt fünfundzwanzig informative und spannende Neuerscheinungen zu unterschiedlichen und aktuellen Themen vorgestellt. Die Veranstaltungsreihe beginnt am Montag, 7. Oktober 2013 mit zwei Lesungen. Zum einen wird C. U. Schminck-Gustavus mit seiner Lesung an die Vernichtung des griechischen Bergdorfes Lyngiádes durch deutsche Wehrmachtsoldaten am 3. Oktober 1943 sowie die fehlende juristische Verfolgung dieses Kriegsverbrechen erinnern. Aus Lyngiádes wird Apostolos Papageorgiou anwesend sein, dessen Vater 1946 die erste Darstellung über das Massaker veröffentlicht hat. Die zweite Lesung wird Antiziganismus aus verschiedenen Blickwinkeln reflektieren und Ansatzpunkte für Interventionen aufzeigen.

Zum diesjährigen Gastland der Buchmesse werden wir zwei Bücher vorgestellt: Zum einen wird die brasilianische Autorin Cintia Moscovich aus ihrer skurrilen Erzählung „Hunger und Esslust" lesen. Zum anderen wird Martin Curti mit seinen Reportagen einen spannenden und vielschichtigen Einblick in die komplexe Fußballwelt Brasiliens geben.

Die Lesung aus „iSlaves" wird einen Einblick in die Ausbeutung und die Arbeitskämpfe in Chinas Foxconn-Fabriken bieten. Der größte Auftragsfertiger für Elektronik, der für Apple und andere Marken produziert, wurde insbesondere durch eine Reihe von Selbstmorden seiner Arbeiter_innen bekannt. Peyman Javaher-Haghighi wird über die arabische Revolution, insbesondere über die aktuellen Ereignisse in Syrien, Ägypten und dem Irak sowie der Rolle der USA und der EU in dieser Region referieren. Die Buchpräsentation aus „Speak Up!" wird einen spannenden Einblick in die aktuelle Situation des sozialen Aufbruchs und Widerstands in Indien geben. Bei der Buchpräsentation „Mythos Partizan" wird es um die Geschichte, Erinnerungen und Perspektiven der jugoslawischen Linken seit dem Zweiten Weltkrieg gehen. Gabriel Kuhn wird sich in seiner Lesung mit der Geschichte der Blekingegade-Gruppe befassen, die mit der Beute aus ihren Raubüberfälle Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützten. Wer und welches Programm verbergen sich hinter der Partei „Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V."? Dies wird Andreas Kemper in seiner Lesung „Rechte Euro-Rebellion" beleuchten. Drei weitere Lesungen werden sich mit den Lebenswegen von sehr unterschiedlichen Frauen befassen. Ria Raphael wird aus dem Buch von Clelia Marchi (1912-2006) lesen, eine einfache italienischen Bäuerin, die fast ohne Schulbildung im Alter von 72 Jahren begann, ihre Geschichte auf ein Bettlaken niederzuschreiben. Anja Röhl schildert in ihrem Buch „Die Frau meines Vaters" ihre Erinnerungen an und ihre Beziehung zu Ulrike Meinhof. Außerdem wird Birgit Seemann ihre Biographie über die Doktortochter Max Horkheimers Eleonore Sterling, die fast vergessene Pionierin der bundesdeutschen Antisemitismusforschung, vorstellen.

Die Veranstaltungen finden in diesem Jahr im Café ExZess (Leipziger Str. 91, Frankfurt), in den Räumen der Initiative Faites votre jeu! (Klapperfeldstraße 5, Frankfurt), im Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5, Frankfurt), in der Raumstation Rödelheim (Auf der Insel 14, Frankfurt), in den Räumen des Frankfurt Fan Projektes (Fanhaus Louisa, Schwarzsteinkautweg 5 a, Frankfurt), im DFG-VK Hessen (Mühlgasse 13, Frankfurt), in der Volxküche in der Au (In der Au 14 - 16, Frankfurt), im Café VAMV (Verein alleinerziehender Mütter und Väter, Adalbertstraße 15 - 17, Frankfurt sowie im Haus am Dom (Domplatz 3, Frankfurt) statt.

Genauere Beschreibung der Veranstaltungen (pdf Version) auf Web-Seite www.GegenBuchMasse.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die AfD im Aufschwung – aber nicht im Bundestag

Junge Freiheit Nr. 39 bis 40, 27. September 2013

In der Ausgabe vor der Bundestagswahl ist Chefredakteur Dieter Stein noch fest überzeugt, dass die Alternative für Deutschland (AfD) den Sprung in den Bundestag schafft:

„Nie war in den vergangenen Jahrzehnten die Chance für eine tiefgreifende Veränderung des Parteiensystems so groß wie jetzt. Treffen die sich verdichtenden Prognosen zu, dann ist der Einzug der AfD in den Bundestag zum Greifen nahe. Fliegt die FDP auch noch aus dem Bundestag, dem sie seit 1949 ununterbrochen angehörte, wäre die politische Sensation perfekt. Die AfD wird in den letzten Tagen des Wahlkampfes getragen von einer enthusiastischen, Zehntausende freiwilligen Helfer zählenden Anhängerschaft. Träges, feiges Bürgertum war offensichtlich gestern. So sammelte die AfD am vergangenen Wochenende binnen 48 Stunden über eine Internet-Aktion über 400.000 Euro Spenden."

Allerdings sieht auch Stein die Gefahr, dass die AfD es nicht schafft, aber: „Verfehlt die AfD den Einzug in den Bundestag knapp, hat sie in jedem Fall die Chance für einen zweiten Anlauf: Im Mai 2014 wird ein neues Europaparlament gewählt. Spätestens hier stehen die verfehlte Euro-Politik und Brüsseler Demokratiedefizite im Zentrum des Wahlkampfes."

Nach der Wahl urteilt Dieter Stein: „Die Union triumphiert, die FDP ist eliminiert, und die Euro-Kritiker sind im Aufwind." Der Sieg der Unionsparteien sei aber nicht den Unionsparteien selbst zuzuschreiben, sondern der Sehnsucht nach Sicherheit: „Der phänomenale Zuwachs der Union … könnte sich aber rasch als Scheinblüte herausstellen. Mit Macht drängt die aus dem Wahlkampf herausgehaltene Euro-Krise wieder auf die Tagesordnung."

Für die AfD fürchtet Stein die kommenden Monate: „Die AfD steht nun nach diesem Achtungserfolg erst am Anfang ihrer Entwicklung. Eine Große Koalition wird die gefährliche Euro-Rettung fortsetzen. Schon jetzt treibt die AfD auch ohne Präsenz im Parlament die übrigen Parteien vor sich her. Euro-Kritiker erhalten Aufwind. Die AfD ist – neben der Linken – die einzige Partei, die den Unmut breiter Bevölkerungskreise artikulieren kann."

2014 finden Kommunalwahlen in zehn Bundesländern, drei Landtagswahlen und die Wahl zum Europaparlament statt – für eine Partei, die jetzt 16.000 Mitglieder zählt, eine gewaltige Aufgabe. Und: „Vorher muss die neue Partei aber für eine grundlegende programmatische Klärung und Verbreiterung sorgen. Und sie wird ihre personelle Geschlossenheit sicherstellen müssen – das Schicksal der abgestürzten und in Flügelkämpfen zerrissenen Piratenpartei vor Augen."

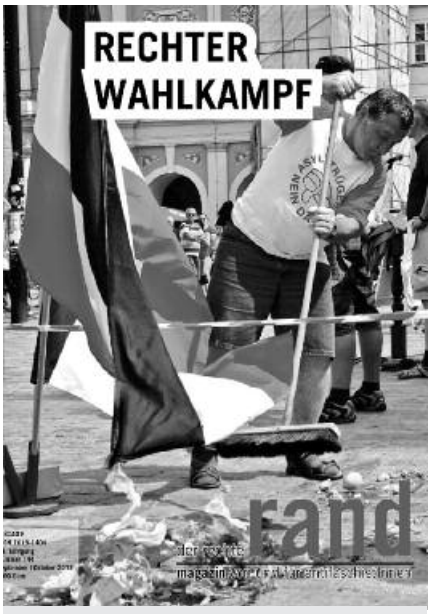
In Flügelkämpfen sind nicht nur die Piraten zerrissen, sondern bislang sind zahlreiche Parteigründungen rechts von den Unionsparteien in internen Flügelkämpfen untergegangen – angefangen von den Republikanern, dem Bund Freier Bürger – und – so scheint es – der selbsternannten Bürgerbewegung Pro Deutschland. In einem Interview teilt einer der stellvertretenden Sprecher der AfD, Alexander Gauland, mit, die Gefahr von Richtungskämpfen müsse vermieden werden:

„Herr Lucke hat bereits in einem Mitgliederschreiben darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, einen breiten innerparteilichen Korridor aufrechtzuerhalten, um die unterschiedlichen Milieus in der Partei, Wertkonservative, Liberale, Euro-Gegner etc. zu integrieren. Ich kann natürlich auch nicht in die Zukunft schauen, aber ich bin sicher, dass das gelingen wird."

Das Blatt zitiert einen unbekannten „Funktionär", der ankündigt: „Die kommenden sechs Monate werden nicht schön … Die Revolution frisst ihre Kinder." Das Blatt berichtet: „Die Angst vor Richtungskämpfen ist nicht aus der Luft gegriffen. Programmatisch ist jenseits der Kritik an der Euro-Rettung, die den Markenkern ausmacht, vieles noch unbestimmt. Die AfD dient daher als Projektionsfläche für die unterschiedlichsten politischen Ziele. Laut Lucke ist die Programmdiskussion zwar schon fortgeschritten … die Partei ist äußerst heterogen zusammengesetzt. Neben der liberalen Strömung aus enttäuschten FDP-Anhängern gibt es einen starken Flügel von CDU-Dissidenten sowie Mitglieder, die sich politisch rechts von der Union einordnen. Und wie bei allen Parteineugründungen … finden sich zahlreiche Glücksritter, die auf eine sichere politische Karriere hoffen."

Für die Europawahl gilt die 3-Prozent-Hürde, die die AfD nach dem jetzigen Wahlergebnis sicher überspringen kann. Ihre programmatische Entwicklung muss genau verfolgt werden, mit dem Wahlergebnis ist jedenfalls eine finanzielle Grundlage für das Weiterbestehen gelegt.

uld ■



Die September/Oktober-Ausgabe der Zeitschrift „der rechte rand" beschäftigt sich mit dem Wahlkampf der diversen rechten Parteien, die zu dieser Bundestagswahl antraten.

Einzelpreis 3 Euro
Abo: 6 Ausgaben pro Jahr 18 Euro
Bestellungen über: Der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
abo@der-rechte-rand.de

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507